

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementssatz im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf.; mit der illustrierten Wochenlage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pf., bei Selbstabholung 80 Pf. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.40 M., für 1 Monat 80 Pf. (Bestellgeld vierjährlich 42 Pf., monatlich 14 Pf.).

Redaktion:  
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 12088.

Inserate kosten die 7 gespaltene Petitzelle über deren Raum 25 Pf., bei Plakatvorrichtung 30 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist bei der Gesamtauslage 4.— M. jedes Tausend, bei Teilauslage 5.— M. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Tageskalender.

Nach einer Meldung der Frankfurter Zeitung aus Kattowitz ließerte die dortige Polizei eine russische Genossin, die ihren Wohnsitz in Krakau hat, ohne gesetzlichen Grund an die zarischen Schergen aus.

Die Sütterne der letzten Tage haben zahlreiche Schiffsunfälle zur Folge gehabt.

Ein Dammbruch am Ufer des Mississippi bedroht gegen 45 Ortschaften.

Infolge eines Dampferzusammenstoßes ertranken im Nil bei Cairo 60 Passagiere.

## Die wirtschaftliche und politische Versezung Württembergs.

Leipzig, 10. April.

II. (Schluß.)

Die Gesamtbevölkerung Württembergs wuchs in den Jahren von 1895 bis 1907 von 2 070 602 auf 2 337 819, das ist um 267 157 Köpfe an. Die in den landwirtschaftlichen Berufen beschäftigte Bevölkerung nahm jedoch in dieser Zeit von 933 576 auf 886 170 Köpfe, das ist um 52 408 ab. Die landwirtschaftliche Arbeit muß in immer steigendem Maße von den weiblichen Familienmitgliedern übernommen werden. Die Zahl der weiblichen hauptberuflich Tätigen in der Landwirtschaft steigt von 29 Prozent im Jahre 1882 und 35,3 Prozent im Jahre 1895 auf 47,2 Prozent im Jahre 1907.

Die Industriebevölkerung wächst von 1895 bis 1907 von 723 628 auf 936 231 Köpfe an, das ist um 212 403 „Seelen“. Von Handel und Verkehr nähren sich 1895: 164 815 Personen, 1907: 223 952.

Die Zahl der Hauptbetriebe der Industrie (unter Ausschaltung der Gärtnerei, Tierzucht, Fischerei und auch des Handels und Verkehrs) sinkt von 119 818 im Jahre 1882 auf 103 281 im Jahre 1895 und 91 471 im Jahre 1907. Die Zahl der darin beschäftigten Personen steigt aber im gleichen Zeitraum von 253 700 auf 315 600 und 416 500.

Zählt man die Hauptbetriebe der drei Gewerbegruppen: A. Gärtnerei usw., B. Industrie und C. Handel und Verkehr zusammen, so ergibt sich eine Abnahme der Hauptbetriebe von 143 983 im Jahre 1882 auf 135 319 im Jahre 1907; im gleichen Zeitraum wächst der Teil der Bevölkerung, der in diesen Betrieben seinen Lebensunterhalt findet, von 295 216 auf 517 813 Köpfe an.

In Wirklichkeit ist die wirtschaftliche Umwälzung noch weit stärker, als diese Zahlen sie erscheinen lassen. Viele angeblich selbstständige Handwerker arbeiten in Wirklichkeit für den Großunternehmer, von dem er abhängig ist. Die „selbstständigen Wirt“ Stuttgarts sind zu fast 90 Prozent dem Braukapital auf Gebeih und Verderb ausgeliefert, eine Un-

zahl Kramläden werden von Frauen betrieben, weil der Verdienst des Mannes zur Tröstung des Lebens nicht ausreicht usw.

Sehr charakteristisch ist ferner, daß der Anteil der Kleinbetriebe (1–5 Personen) an der Gesamtzahl der Gewerbebetriebe von 1895 bis 1907 in Prozentzahlen von 49,3 auf 33,6 Prozent zurückging, die Mittelbetriebe (6–20 Personen) von 12 auf 13 Prozent sich erhöhten, die Großbetriebe jedoch einen Sprung von 38,7 Prozent auf 53,4 Prozent machten.

Die technische Ausstattung der Gewerbebetriebe hat ebenso starke Fortschritte gemacht. Die motorischen Kräfte, in Pferdestärken ausgedrückt, haben sich in den privaten Betrieben der eigentlichen Industrie vermehrt von 65 000 im Jahre 1882 auf 104 000 im Jahre 1895 und etwa 229 000 im Jahre 1907.

Diese wirtschaftliche Umwälzung findet naturgemäß ihren Ausdruck auch im politischen Leben des Landes. Sie kann nicht ohne Einfluß bleiben auf die Stellung der Regierung zur Sozialdemokratie wie auf den Charakter und die Taktik der bürgerlichen Parteien. Und hier bestätigt sich wieder einmal der alte Erfahrungssatz, daß die bürgerlichen Parteien mit einem feineren Klasseninstinkt ausgestattet sind, als das Proletariat.

Die „demokratische“ Volkspartei, einstmals die Vertreterin des Kleinbürgers und des Kleinbauern, sieht die Bevölkerungsschichten, auf die sie sich bisher vorzugsweise stützte, mehr und mehr dahinschmelzen. Ein Teil wird ins Proletariat gedrängt und verstärkt unter Scharen. Ein anderer Teil steigt zur eigenlichen Bourgeoisie auf. Der Rest, durch das Kapital in seiner Existenz schwer bedrängt, schlägt sich, soweit er politisch denken gelernt hat, zur Sozialdemokratie, der andre Teil wird reaktionär. Er hat die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, denn nur durch rücksichtlose Ausbeutung der wenigen ihm zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte kann er seine „selbstständige“ Existenz dem Großbetrieb gegenüber behaupten. Darin tönen ihn die Gewerkschaften mit ihren Forderungen auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Sozialdemokratie mit ihrer Förderung des Arbeiterschutzes.

Die Volkspartei hat keinen Augenblick gezögert, diesen veränderten Gesinnungen und Verhältnissen ihre Politik und Taktik anzupassen. Nachdem sie in der Praxis schon längst den demokratischen Hausrat aus der Väter Zeit auf die Numpelkammer verbracht hatte, wurden bei der großen Programmrevision anlässlich der „liberalen Einigung“ die ehrwürdigen Reliquien auch noch feierlich verbrannt. Die Forderung der Beseitigung der Zölle und indirekten Steuern, die Forderung des gleichen Gemeindewahlrechts, der Abschaffung der Todesstrafe, der Lernmittelfreiheit in den Schulen, der Abkürzung der Legislaturperioden, des Referendum, der Deffensivität der Bundesratsfunktionen usw., alles ging in Rauch auf.

Die Tätigkeit dieser „Demokratie“ im württembergischen Landtag beschränkt sich im wesentlichen auf den Schutz der Besitzenden. Das trat besonders krass zutage bei Beratung der neuen Bauordnung für Württemberg im Landtag im April 1910. Die Volkspartei kämpfte in so standhafter Weise für die Interessen der Hausbesitzer und Terrainspkulanten,

dahs selbst die Konseriativen von ihr abzuwenden für nötig fanden und die Regierung mit der Sozialdemokratie gegen diese „Volkspartei“ antraten mußte. — Bei der Verfassungsreform, der Schulreform, der Gemeindereform und andern Gesetzentwürfen entpuppte sich die Volkspartei als gefährlicher Gegner jeder ernsthaften Reform. Wo sich ihr Gelegenheit dazu bot, fiel sie der Sozialdemokratie in den Rücken. Von den Nationalliberalen Württembergs, die überdies auf dem rechten Flügel ihrer Partei stehen, trennt die Volkspartei nur noch Tradition und Name.

Über die Stellung der Regierung zur Sozialdemokratie nach den Vorgängen bei der Stuttgarter Bürgermeisterwahl im Mai 1911 und den Kundgebungen im Staatsanzeiger zur Reichstagswahl noch etwas zu bemerken, erlaubt sich.

Die Sozialdemokratie kann angesichts dieser veränderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse die Taktik der Budgetbewilligung, der Hofgängerei und Ministeresserei nicht fortsetzen. Es geht nicht an, vormittags mit den Vertretern der bürgerlichen Parteien beim Minister zu speisen, Patzschhand zu geben usw., und dann nachmittags dieser Regierung scharfe prinzipielle Opposition zu machen. Eine solche Opposition bekommt einen Stich ins Komödiendienste. Sie wird nicht mehr ernst genommen. Das Vertrauen der Parteigenossen, die diese Vorgänge aus der Nähe beobachten können, mag schwunden.

Es ist zuzugeben, daß durch eine scharfe prinzipielle Agitation und Politik Bevölkerungsschichten, die in der Sozialdemokratie vorzugsweise die Erbin des Kleinbürgerschaftlich-demokratischen Programms seien, abgestoßen werden können, ja, daß vorübergehend sogar unser Mandatsbesitz gefährdet wird. Es ist möglich, daß wir anderseits durch eine opportunistische Anpassungspolitik an den Klassenstaat zeitweilig Wahlerfolge erringen können; die über das Maß unserer natürlichen Stärke hinausgehen. Aber auf die Dauer werden wir durch solche „Verantwortung im Klassenstaat“, wie sie ein Führer der Opportunisten in einer Stuttgarter Parteiversammlung den Genossen als höchste politische Weisheit anspricht, das Vertrauen eben jener immer zahlreicher werdenden Bevölkerungsschicht verlieren, die durch die wirtschaftliche Entwicklung in immer schärfere Feindschaft zum Klassenstaat hineingetrieben wird. Wir müßten vorübergehende und dazu zweifelhafte Wahl- und Mandatserfolge mit einer schweren und dauernden Schädigung der Partei erkaufen. Die Verleugnung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Württembergs würde vor der Sozialdemokratie nicht halt machen. Wir wollen nur eine Taktik, die sich mit unserm Programm und den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen im Einklang befindet. Darum der Streit.

Es ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß durch die Niederhebung der Führer der Radikalen die heiseren „Rufe“ zur Fortsetzung opportunistischer Experimente geschaffen wird. Es wird das aber nur die Ruhe vor dem Sturm sein, der um so sicherer den trügerischen Bau der Opportunisten zur Stürze bringen und seine Baumeister unter sich begraben wird.

## Feuilleton.

### Die Kinder des Zorns.

Eine Geschichte von Peppe Nojaer.

Autorisierte Übersetzung von Erich Holm.

[Nachdruck verboten.]

Der Nachmittag ist herangekommen und mit einemmal geht ein heftiger Platzregen über den Acker nieder. Schon lange hatten Per und die andern Kartoffelgräber mit misstrauischen Blicken die dicken Regenstreifen beobachtet, die im Südosten hingen, den Kettenfäden in einem Riesengewebe gleich.

Die schweren Tropfen fallen zischend und klatschend in die schwarzen Kartoffelauben und dringen den zur Erde gebückten bis auf die Haut. Sie schütteln sich ein bißchen und kriechen dann wie erschrockte Igel zusammen. Als aber der Regenschauer länger anhält, legen sie wieder Hand an die schwarzen, kantigen Kartoffelstengel.

Wolle Skajbaek drückt seine Befriedigung aus, daß sie doch dem Wetter den Rücken zukehren.

„Ja, der kann noch am ehesten aushalten,“ meint die Galopp-Sophie.

Fort und fort schüttet es vom Himmel herunter. Nun ist der Acker lauter Morast. Die Erde legt sich wie Brotteig zwischen die Finger. Der Stoß an den Kleidern der Frauen schleppst in langen Streifen und bildet eine kleine Nille im Sande hinter jeder von ihnen. Rüden und Füße sind wie Eis; auch die Zunge ist förmlich eingefroren, niemand spricht

ein Wort mehr; selbst das Fallen der Kartoffel wider die nassen Dauben schallt nun tot und dumpf. Die Augen des alten Hofs rinnen immer stärker, jeden Augenblick erhebt er sich auf den steifen Knien und klopft sich mit den Pulswärmern unter die Achselhöhlen wie ein Gänserich auf dem Teich sich mit den Flügeln schlägt. Die blonde Linie hüstelt nun ohne Unterlaß.

Das Fallen der Kartoffel schallt immer toter, und die Stille wird nur durch den Klang der eisernen Henkel unterbrochen, wenn ein Eimer über die Stauden hingeworfen wird.

Per schlägt der Regen gerade ins Gesicht. Die Tropfen zerplatten an seinem Mützenschirm und seinen braunen Fingerknöcheln und rinnen in klebrigen Strömen am Gesicht hinab.

Die andern schauen zu ihm auf, ob er die Arbeit denn wirklich unter solchen Verhältnissen fortsetzen will. Per blickt nach der grauen Wolfswand hin.

„Ist das eine Überschwemmung!“ sagte er und spuckt das in den Mund gefischte Regenwasser aus.

„Na, höher als bis zum Bauch rechts doch noch nicht!“ meint die Galopp-Sophie.

„Ist wahrhaftig auch mehr als genug,“ erklärt Wolle Skajbaek mit Nachdruck.

„Ich habe geglaubt, es wird gleich wieder aus sein,“ bemerkte Per. „Und hat man mit dem Arbeiten ausgeholt, so sind dann die Glieder gar zu steif, wanns wieder drangehen heißt.“

„Nja—a!“ brummen alle.

„Möchtet ihr euch vielleicht für eine Weile beim Wagen unterstellen?“

Dazu waren alle schnell bereit. Unter den schlürenden Breitern des schweren Leiterwagens stellt sich bald wieder etwas von jenem leichten Sinn und guten Mut ein, der selten ausbleibt, wo ein Haufen Leute beisammen sitzen.

„Donnerwetter, Mette, mir scheint gar, deine Hosen gehen auf eignen Beinen davon,“ läßt sich Wolle Skajbaek vernehmen, indem er ein langes Stück zerfetzter Beifahrerhose von Mettes Unterrock in die Höhe hält.

Mette zieht rasch das rote vorgestreckte Bein zurück und beugt sich herab, um den Feigen abzureißen, den sie dann Wolle ums Ohr schlägt. Die Galopp-Sophie wird hintenaus mitgetragen, daß ihr das lotige Band einen schmutzigen Streif quer über den vorstehenden Badenknochen zieht.

Die Rüden dampfen und der muffige Armeleutgeruch dunstet aus den wollenen Umschlagtüchern und den durchweichten Kapuzen. Franz Dangaard, der seine wenigen Tabakreste zu einem Bries zusammenzufügen trachtet, ist unversehens auf einen Rockzipfel Mettes zu füßen gekommen. Mette reißt ihn wildend an sich, wirkt einen bösen Blick auf Franz und beugt sich dann zu Sophie hinüber, der sie zuschlägt: „Er ist ja lausig, der Mensch!“

Der Gneisel sitzt an der äußersten Ecke, spuckt mit großem Ingrimm in die Radspeichen und flucht, daß ihn der Teufel zerreißen möge, wenn es nicht das letzte Jahr sei, an dem er zum Vorsteher Kartoffel ausnehmen läme: „Es kriegt eins doch so kleinen Blisserling davor.“

„Was,“ fragt Per verwundert, „ihr kriegt nichts für eure Arbeit? Wie? Nehmt ihr denn nicht wie jeder andre euren Taglohn?“

„Ja, wie,“ sieht Wolle Skajbaek auseinander, „weil die Art Arbeit ja für nichts gerechnet wird; und dann denkt auch so ein Großmächtiger, liegt eins schon ohnehin auf der Ge-

## Verbandsitag der Kunstgewerbezeichner.

Über den Verbandsitag der Kunstgewerbezeichner geht uns folgender Bericht zu:

Am Ostermontagabend, Ostermontag und Montag hielt der Verband deutscher Kunstgewerbezeichner in Plauen i. V. seinen zweiten Verbandsitag ab. Anwesend waren 20 Delegierte, dazu die Vertreter des Verbandsvorstandes sowie eine Anzahl Vertreter bestreuter Organisationen. Vom Ostschweizer Kunstgewerbezeichnerverband war Leel-St. Gallen erschienen, vom Verband der Lithographen und Steinbrüder Deutschlands Lange, die Generalkommission der Gewerkschaften war durch Robert Schmidt vertreten. Der Verband hat in den seit dem vorigen Verbandsitag verflossenen Jahren recht erfreuliche Fortschritte gemacht; die Mitgliederzahl ist von 1907 auf 2281 gestiegen. Der Verband hat an verschiedenen Orten für eine mehr oder minder große Zahl von Berufsgenossen Verkürzung der Arbeitszeit, Gehaltsverhöhung, Ferien und andere Verbesserungen erzielt und zwar auf freidem Wege. In Untersuchungen begahste der Verband in den beiden Jahren 1908/79 M. aus. Es ist in der Hauptstadt Stellenlosenunterstützung und 1909 M. für Streitunterstützung darunter. Es war das erste Mal seit Bestehen der Zentralorganisation, daß der Verband Streitunterstützung zahlte. Diese Art Unterstützung ist auch im Verbandsstatut nicht vorgesehen, und der Verbandsvorstand stützte sich bei der Bevollmächtigung darauf, daß das Statut zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder verpflichtet. Es handelte sich hier um zehn Mitglieder in Leipzig, die durch den Lohnkampf der Lithographen und Steinbrüder in Mitteldeutschland gegangen waren. Der Verbandsstag billigte übrigens auch diese Ausgabe einstimmig, wie denn auch der ganze Verlauf der Beratungen zeigte, daß man sich nach besten Kräften bemüht, im Sinne der modernen Gewerkschaftsbewegung tätig zu sein. Der Verbandsvorstand hatte n. a. ein Regulativ für Arbeitszeitstellungen und Sperren ausgearbeitet, entsprechend den in den freien Gewerkschaften geltenden Bestimmungen mit seien Sätzen für die Streitunterstützung. Man kam jedoch nach gründlicher Beratung zu der Überzeugung, daß es verfrüht sei, dergleichen zu beschließen, namentlich weil die Mitglieder nicht für eine dadurch notwendig werdende Beitragsverhöhung zu haben waren. Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, bei event. Lohnkämpfen Streitunterstützung auszuzahlen, soll aber im übrigen auf Grund der dann gewählten Erfahrungen dem nächsten Verbandsstag neue Vorschläge zur Regelung dieses Kostentzugswegeles wie auch zur Deckung der Ausgaben machen. Daß der Verband, wenn es sein muß, das Mittel des Streits nicht scheut, trat namentlich auch bei der Debatte über: Die gewerkschaftlichen Kampfsmittel der Angestellten und ihr Verhältnis zur Arbeiterbewegung hervor. Dabei wurde auch über den Anschluß an die Generalkommission der Gewerkschaften gesprochen, und es zeigte sich, daß man wohl allgemein prinzipiell dafür war, aber mit Rücksicht auf die Abteilung eines großen Teils der Mitglieder von einer festen Verbindung mit den organisierten Arbeitern vorläufig Abstand nehmen will. Liebigs erklärte auch Robert Schmidt, daß die Generalkommission gar keinen Wert daran lege, Gewerkschaften zum Anschluß zu bewegen, wenn die Beschriftung vorliege, daß diese dadurch in ihrer Entwicklung beeinträchtigt würden.

Zwei sehr wichtige Punkte der Tagesordnung: Die Zeichner und die Pensionsversicherung, sowie die Fragen: Sind im Zeichenberuf Tarifverträge möglich? konnten und Mangel an Zeit nur sehr kurz behandelt werden. Bei der Pensionsversicherung ist es noch zweifelhaft, wie weit die Zeichner als unter das Gesetz fallend betrachtet werden. Die ganze Ausmerksamkeit soll darauf gerichtet werden, die wenigen Rechte, die das Gesetz den Versicherungspflichtigen bietet, nach Kräften auszuzeigen, und der Referent Steinert-Berlin wies auch darauf hin, daß man zu diesem Zweck vielleicht eine Arbeitsgemeinschaft bilden könne, die die gewerkschaftlichen Angestelltenverbände und auch die Arbeitergewerkschaften unter Hinzuziehung der Arbeitersekretariate umfassen sollte.

Als erster Verbandsvorstehender wurde H. Weise, als zweiter Vorstehender L. Steinert, als Gauleiter für Sachsen und Thüringen H. Eine einstimmig wiedergewählt.

## Konferenz der Kartonagen- und Glutarbeiter.

Der Buchbinderverband hatte für Ostermontagabend und -sonntag eine Konferenz der Kartonagen- und Glutarbeiter einberufen, die im Leipziger Volkshaus stattfand. Anwesend waren 34 Delegierte der Kartonagen- und 15 Delegierte der Glutarbeiter, 5 Mitglieder des Verbandsvorstandes, 13 Gauleiter und der Abgekommene der Verbandszeitung. Mit der Konferenz war eine reichhaltige Ausstellung von Erzeugnissen der beiden Branchen verbunden. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten referierte Gauleiter Pfleiderer Chemnitz über:

Die Verhältnisse in der Kartonagenindustrie und die beste Art der Agitation in derselben. In der Kartonagenindustrie herrscht der Mittel- und Kleinbetrieb vor; Großbetriebe werden kaum einige

Dutzend geprägt. Nach der vom Buchbinderverband vor kurzem veranstalteten Statistik wurden in Deutschland 7016 männliche, 14.207 weibliche, 365 jugendliche Arbeiter und 3729 Heimarbeiter in der Kartonagenindustrie gezählt, die in 1241 Betrieben beschäftigt waren. Beschäftigte Kinder wurden 170 festgestellt, davon in Beulenroda allein 70. Von den Beschäftigten sind 29,3 Prozent der Männer und 18,8 Prozent der Frauen im Buchbinderverband organisiert. Die Praxis hat gezeigt, daß die Kartonagenarbeiter am besten sind, wenn sie sich im Buchbinderverband organisieren, da andre Verbände in dieser Branche von vornherein nicht denselben Einstellung haben.

Da die Arbeit in der Kartonagenbranche wenig qualifiziert ist, wechseln die Arbeiter häufig die Arbeitsstelle. Schuld an diesem häufigen Wechsel sind die traurigen Lohnverhältnisse. Dadurch ist es dem Verband nicht leicht, festen Fuß in den Betrieben zu fassen. Als gegnerische Organisation kommt besonders der Verband der Stahl- und Kartonagenfabrikanten in Betracht, dessen Blatt immer mehr zu einem Schriftmacherorgan geworden ist. Die Drohung der Unternehmer, daß sie nicht eher ruhen wollen, als bis der letzte Kartonagenarbeiter aus dem Buchbinderverbande ausgetreten ist, kann für die Arbeiter ein Ansporn sein, den Verband auszubauen.

Die Agitation löst sich nicht schamlosen, so muß den verschiedenen lokalen Verhältnissen entsprechend geregelt werden. Statt einer Zentralaktion müssen, wie sie von manchem gewünscht wird, kommt es vielmehr darauf an, in den einzelnen Orten branchenwidrige Personen für die Agitation zu gewinnen, an denen es vielleicht fehlt. Erst wenn wir die Verhältnisse genau erkannt haben, werden wir dazu kommen können, bessere Verhältnisse zu schaffen. Daher ist es notwendig, die Verluststatistik auszubauen. Die Agitation wird besonders auch dadurch erschwert, daß es sich in der Branche meist um kleine Betriebe handelt, wo der Meister und die Meisterin mitarbeiten und die Kollegen und Kolleginnen in jeder Weise persönlich beeinflussen. Das einzige Mittel ist hier die Hausagitation. Gerade auch die Arbeiterinnen müssen wir für die Organisation gewinnen. Da ist es notwendig, daß die männlichen Kollegen mit größerem Verständnis die Agitation betreiben. Beiderseits selbst eine Anzahl organisierter Kollegen die Vorschriften der Gewerkschaftskongresse nicht und sorgen nicht dafür, daß ihre Angehörigen sich der Gewerkschaft anschließen. Kommen die Arbeiterinnen nicht in die Versammlungen, dann müssen wir versuchen, sie durch gut geschriebene Flugblätter mit Klassenbewußtsein zu erfüllen. Auch die Auszubildende machen der Organisation noch erhebliche Schwierigkeiten. Trotzdem sie weder durch ihren Lohn, noch durch ihre sonstigen Arbeitsverhältnisse Anlaß dazu haben, betrachten sie sich oft als eine Art Werkmeister. Dabei steht ihr Lohn in seinem Verhältnis zu ihren Leistungen; mit 27 bis 30 Mark glauben sie wunder was verdient zu haben. Auch der Alkohol muß mit als Faktor aufgezählt werden, der die Organisationsarbeit erschwert; daneben bildden nicht selten Held und Junker den Kollegen untereinander ein Hindernis.

Besonders muß auf den Terrorismus der Unternehmer eingehen werden, die mit allen Mitteln den Versammlungsbesuch der Arbeiter und ebenso die Hausagitation zu hinterziehen suchen. Auch in der Bekämpfung der unvorbildigen Behandlung der Arbeiter und namentlich auch der Arbeiterinnen haben die Gewerkschaften ein bedeckendes Stück Kulturarbeit zu leisten. Wichtig ist auch die Lehrlingsarbeit, an der bedauerlicherweise in manchen Betrieben auch noch die Gehilfen festhalten, weil sie dabei interessiert sind. Es gibt Betriebe, wo bei 60 bis 70 Gehilfen 30 bis 60 Schlägereien vorhanden sind; das ist natürlich ein schwerer Krebsdaden für den Betrieb. Daneben ist das Prämiensteuer ein von größtem Schaden; die Arbeiter werden dadurch fast hilflos an die Betriebe gefesselt.

Am besten würde die Agitation gefördert durch die Herausgabe eines Leitfadens, der in leichtverständlicher Weise Weise Worte für alle Gebiete der Agitation gibt. Wollen wir die Mitglieder dem Verband erhalten, dann müssen wir in den Städten, wo wir nicht mit dem Vertrauensmännerystem auskommen, das Handelskriegerystem einführen.

Seine Vorschläge fasste der Referent in folgenden Teilstücken zusammen:

1. Die Vertreter der Ostern 1912 in Leipzig tagenden Kartonagen- und Glutarbeiterkonferenz erkennen an, daß die Agitation blöde teilweise recht im argen lag und durch Verlustangestörte nicht mit der nötigen Zeitspanne gefördert worden ist. Um diesem Mangel abzuholen, beschließt die Konferenz, altertum Branche Vertrauensleute zu wählen, die die Agitation in Gemeinschaft mit dem Vorstande der Jahnschule zu betreiben haben. Der Obmann der Vertrauensleute muß dem Vorstande der Jahnschule angehören.

2. Um Kollegen und Kolleginnen für die Agitation heranzubilden, ist ein Leitfaden oder Wegweiser vom Verbandsvorstand herauszugeben, der in leichtverständlicher Weise Weise Worte für alle Gebiete der Agitation gibt. Wollen wir die Mitglieder dem Verband erhalten, dann müssen wir in den Städten, wo wir nicht mit dem Vertrauensmännerystem auskommen, das Handelskriegerystem einführen.

Die Worte erweisen offenbar ein in ihnen allen schlummerndes Sehnen.

Ganz eigenartig schwachend schweifen die Blide über den Acker hinaus.

„Könnte nicht am Ende einer im Eghuber sein?“ flüstert Franz Dangaard.

„Du hast aber einen Gedanken! Könnt schon sein,“ meint Wolle und eilt, den Deckel des Körbes zu öffnen.

Alle halten einen Augenblick mit der Arbeit inne und schauen mit stockendem Atem auf Wolle.

„Nein! Auch nicht einen Tropfen.“ Mit zornigem Wurf schmeißt er den Deckel zu.

Ein unmutiges Murmeln geht durch die ganze Reihe: „Hab mirs denken können!“ Der alte Pferd trocknet sich enttäuscht den zahnlosen Mund mit seinem Häusling. Franz reicht mit den Nägeln Schabsch aus den Kartoffeln, so wütend führt er in die Erdhöhlen.

„Ach, Gneisel,“ sagt Wolle Stabæk, „du bist ja so fest auf den Beinen, du könnest wirklich hinüberspringen zum Konsum und uns eine Flasche Branntwein holen.“

Die andern wieherten freudige Zustimmung. Der Gneisel sendete eine Spuckvolle gleich einem Strahl aus einem Storchbügel sieben Kläster weit ins Pflugland hinein und schwur: „Nebennehmt ihr derweil meinen Alsterstrich, so soll mich der Teufel holen, wenn ich nicht wieder da bin, so geschwind wie der Wind.“

„Ja, das will mir nicht zum allerbesten gefallen,“ wendete Per ein. „Nicht, daß ich euch euren Branntwein nicht könnte, aber ich fürchte, die Arbeit könnte sich dadurch verzögern, und das läuft dann auf unsreinen.“

„Ja,“ entgegnete Wolle, „du hast gut dagegen sein; du bist nicht halb so nah wie wir. Wahrhaftig, mir ist so kalt, daß ich nicht weiß, hab ich einen Rücken oder hab ich keinen?“

„Und ich bin bis aufs Hemd nah; ich meine, man könnte es auswinden,“ erklärte Mette.

## Gewerkschaftsbewegung.

Kartellverträge zwischen Gewerkschaftsorganisationen.

In den unliebsamsten Grüterungen auf den Gewerkschaftskongressen gehörte unweigerlich die regelmäßige wiederkehrenden Diskussionen über Grenzstreitigkeiten. Jede Gewerkschaft ist darauf bedacht, die Zahl ihrer Mitglieder zu vermehren, und alle zu ihrem Beruf oder zu ihrer Industrie gehörenden Arbeitergruppen ihrer Organisation anzuschließen. Da es aber heute infolge der Entwicklung von Industrie und Technik fast gar keinen in sich völlig abgeschlossenen Beruf mehr gibt, sondern die einzelnen Berufe immer mehr ineinander greifen, und da ferner viele Arbeiter infolge Arbeitsmangels ihren Beruf häufig wechseln, so ist es ganz erklärlich, daß es innerhalb der Gewerkschaften wegen der Organisationszugehörigkeit von einzelnen Arbeitern oder Arbeitergruppen zu gelegentlichen Differenzen kommt. Anträge, die einzelne ineinander greifenden Berufe zu einheitlichen Organisationen zu verschmelzen, wurden von den Gewerkschaftskongressen mit Recht als un durchführbar abgelehnt. Dagegen empfahl der Hamburger Gewerkschaftskongress im Jahre 1908 den an die Generalkommission angelassenen Verbänden, strikte Agitationssgebiete durch besondere Vereinbarungen mit den Zentralvorständen der in Betrieb kommenden Verbände abzugrenzen und alle Fragen der beruflichen wie gemeinsamen Agitation, des Oberkritik von Mitgliedern und des Zusammenwirkens bei Lohnbewegungen durch feste Bestimmungen (Kartellverträge) zu regeln.

Die Übereinstimmung mit dieser Resolution des Gewerkschaftskongresses und gestützt auf die Beschlüsse des Verbandskongresses hat der Vorstand des Bauarbeiterverbandes in den letzten Wochen mit dem Verband der Fabrikarbeiter, dem Deutschen Transportarbeiterverband, dem Brauerei- und Mühlenarbeiterverband Kartellverträge abgeschlossen.

Nach den Verträgen mit den Verbänden der Fabrikarbeiter, Transportarbeiter und Brauerei- und Mühlenarbeiter sollen die Funktionäre der vertragsschließenden Organisationen darauf achten, daß Personen, die im Baugewerbe beschäftigt sind, in den andern Organisationen keine Aufnahme finden, während die in jenen Berufen Beschäftigten im Bauarbeiterverband keine Aufnahme finden dürfen. Ausnahmen sind nur zulässig, wenn an einem Orte die vorhandene Zahl der Arbeiter zur Bildung einer eigenen lebensfähigen Mitgliedschaft nicht ausreicht. Sind 10 oder mehr Mitglieder vorhanden, so sollen sie sich in der Regel ihrem Berufsverband anschließen. Arbeitnehmer Mitglieder der vertragsschließenden Verbände in einem Betrieb, für den der andere Verband zuständig ist, so haben sie sich spätestens nach 6 Wochen diesem anzuschließen. Hierzu sind solche Mitglieder aufgeschlossen, die wegen Wohnregelung im Berufe der Organisation, der sie angehören, keine Arbeit mehr erhalten und sich in ihrer Stelle (Werkstatt oder Kasse) in der Organisation befinden. Wer jedoch ein volles Jahr im andern Beruf beschäftigt ist, soll auch in diesem Ausnahmefall in die zuständige Organisation übertreten. In der Resolution des Gewerkschaftskongresses heißt es, daß vorübergehend in einem Berufe beschäftigte Gewerkschaftsmitglieder bei ihrer Organisation bleiben können, doch müssen sich Arbeiter, die alljährlich regelmäßig ununterbrochen länger als drei Monate zu einem und demselben Beruf übertragen, immer der Organisation des Berufs anschließen, in dem sie arbeiten. Die zwischen den genannten Verbänden getroffenen Vereinbarungen sind also viel präziser, so daß sich bei einem guten Willen der beiderseitigen Funktionäre wohl vermeiden lassen.

Weiter wird in den Verträgen bestimmt, daß die Mitglieder bezüglich des Lohnes und der Arbeitsbedingungen immer den Sagen des Berufes unterstehen, in dem sie arbeiten. Müssen Mitglieder infolge Berufswechsel in eine andre Organisation übertreten, so werden sie in diese ohne Eintrittsgeld mit vollen Rechten aufgenommen, vorrangig, daß sie sich in ihrer alten Organisation abgemeldet und ihre Beiträge bis zum Tage des Austritts voll bezahlt haben. Während eines Kampfes um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen dürfen an dem betreffenden Ort Mitglieder der kämpfenden Organisation in der andern Organisation nicht aufgenommen werden. Werden bei einem Kampfe Extrabeläge erhoben, so sind diese auch von den im kämpfenden Berufe arbeitenden, aber dessen Organisation noch nicht beigetretenen Mitgliedern der vertragsschließenden Organisation auf diese zu zahlen. Die Unterstützung darf für die Mitglieder der andern Organisation keine höhere sein, als wie die im Kampfe stehende Organisation ihren eigenen Mitgliedern gewährt. Ferner ist bestimmt, daß für die im Kampf beteiligten Mitglieder der vertragsschließenden Organisationen täglich je einmal bei der kämpfenden und der eigenen Organisation zur Kontrolle zu melden haben. Personen, die in einer Organisation wegen Beitragsbrechen gestrichen, wegen zu hoher Beiträge ausgetreten oder wegen Vergeuden gegen die Interessen der Organisation zu verfolgen. Schließlich sind noch Bestimmungen zur Regelung von Beschwerden und Differenzen getroffen.

Der zwischen dem Holzarbeiterverband und dem Bauarbeiterverband abgeschlossene Kartellvertrag weicht insofern von den anderen Verträgen ab, als er kurz und bündig bestimmt, daß Mitglieder beider Verbände, die regelmäßig während der Sommermonate als Bauarbeiter und im Winter als Holzarbeiter beschäftigt sind, gehalten sind, beim Berufswechsel in die für den neuen Beruf zuständige Organisation überzutreten. Jedoch muss hier die Annahme bei der neuen Organisation schon innerhalb der ersten acht

Per gab den Widerstand bald auf. Uder nun handelte es sich um das Geld. Wolle hatte keins. Gneis fand fünf Dosen unter etwas Tabakasche in der Westentasche; die übrigen waren gänzlich leer.

So mußte denn Per die Zehne bezahlen.

„Du sollst wahrhaft nicht allein herhalten müssen,“ versicherte Wolle, „es wird eins doch auch wieder mal einen Groschen zum Heimzahlen haben.“

Das Gneisel buckelte sich zum Laden fort. Die Zurückgebliebenen lösteten die Süßigkeit der Erwartung, indem die Kartoffeln in lustigem Bogen nach den undichten Dauben der Eimer slogen.

Wie sie so im besten Zuge sind, ruft Per, der mit einem Mal wie an die Zornen genagelt steht: „Hols der Teufel, jetzt können wir uns freuen! Wilt ihr, wer da gegangen kommt?“

Die ganze Reihe dreht sich um und sieht Hans Nielsen über den Weggraben springen und in das Feld, wo sie arbeiten, einbiegen.

„O Jeses, Kinder!“ piept Vine und duckt sich wie vor dem Bösen.

„Zehn wirds was seien!“ flüstert Wolle. „Ach Per, du darfst nichts sagen, daß ich sie eingefädelt hab, die Geschichte mit dem Branntwein. Hörest du?“

Per's Oberlippe kräuselte sich in verächtlichem Lächeln.

Langsam wie eine drohende Wolke kam der Armenvorsteher über den Uder daher. Eine echte Kuhländer Peife baumelte in seinem Mundwinkel.

Die Nachmittagsonne fiel von rückwärts in seinen roten Backenbart, daß jedes Haar leuchtete. Bei jedem zweiten Schritt beugte er sich herab und nahm eine vergessene Kartoffel vom Boden auf; nach der großen Regenwäsche lagen sie so kenntlich zwischen den Schollen da. Bald hatte er seine beiden sommersproßigen Hände voll, so daß er die Peife allein mit den Zähnen festhalten mußte.

(Fortsetzung folgt)

Die anderen verhalten sich schweigend.  
Der Regen ist vorbei.  
Die tröstend nassen Menschen kriechen zwischen den Rändern hervor und sangen aufs neue an, im Kartoffelkraut zu wühlen.  
Die Arbeit geht freudlos und verdrössen von statthen, so lange das nasse Zeug sich alienhalben an den Körper zieht.  
„O jemine, wie gute täte einem jetzt ein Schluck Schnaps!“ leujigte Wolle Skafael.

Tage nach Amttritt der Beschäftigung erfolgen. Auch hier wird den überzettenden Mitgliedern von der neuen Organisation die volle Mitgliedschaft angerechnet.

Mit einigen andern Organisationen steht der Deutsche Bauarbeiterverband in Unterhandlungen, die zum Abschluß ähnlicher Kariavverträge führen dürften.

### Leipzig und Umgebung.

#### Zur Lohnbewegung der Fleischer.

Den Tarif anerkannt haben M. Schönborn in Großschober und Emil Müller in Sellerhausen, Schuhhausstraße. Einzelne Meister haben noch Verhandlungen nach den Feiertagen angestellt. Eine recht eigenartige Antwort erhielt die Organisation von dem Innungsmester und Veterant verschierter Arbeitervorwochen und -Kantinen, Fleischermaster Müller in der Kreuzstraße 34. Der Herr kündigte seinem "Fach" bei ihm beschäftigten Gesellen sofort, als ihm der Tarif zugestellt wurde. Als darauf die Organisation vorstellte, erklärte Herr Müller: "Sie denken wohl, weil ich in Hamburg den Streikbrecher gemacht habe, kommen Sie bei mir an? Das ist Schluß des Innung, die hat mich hingeschickt. Ich bin Innungsmittel. Andere müssen ihr Eis mit 1 M. bezahlen, ich bezahle 80 Pf. Mein Geselle hat mich belogen bei seinem Amttritt, er sei nicht im Verband. Ich habe ihm deshalb einen niedrigen Lohn gezahlt, er soll sich nicht organisieren. Ich unterschreibe nicht, und behalte den Gesellen nicht." Undern Tag wurde die Organisation nochmals vorstellig. Man könne doch den Arbeiter nicht verargen, daß zu organisieren, da doch die Meister durch ihre Organisation auch bedeutende Vorteile hätten usw. Herr Müller meinte aber, er unterschreibe nicht, die Organisation möge erst einmal bei Rosenkranz & Beimler gehen, dort müßten die Gesellen mehr arbeiten, und die Arbeiter gingen dort auch mehr hin. Herr Müller erkennt also die Notwendigkeit der Organisation für andere Betriebe an, nur nicht für den seinen. Er braucht die 14stündige Arbeitszeit ohne Bezahlung der Überstunden. Aber Herr Müller hat sich wohl überlegt, daß seine Kundshaft mit einer solchen Handlungswise nicht einverstanden sein könnte und fügt geistig zur Polizei, wo er Anzeige erstattet wegen — "Erpressung". Ob sich ein Staatsanwalt finden wird, der auf Grund einer solchen mündlichen Verhandlung, eines solchen täglich wiederkehrenden Vorwurms Anklage erheben wird? Die Kundshaft des Herrn Müller wird sich allein ein Urteil bilden, ob sie die Handlungswise für gerecht hält.

#### Zentralverband der Fleischer.

#### Zum Landshausgärtnerstreit.

Die bestreiten Unternehmer der Landshausgärtnervereine bemühen sich krampfhaft Arbeitswillige zu erhalten, bisher allerdings erfolglos. Daher versucht es jetzt der Landshausgärtner Seehn mit unklaren Inseraten, wobei er seinen Namen und seine Adresse verschweigt. In den Leipziger Neuesten Nachrichten lautete ein solches Inserat in der heutigen Nummer: 10 Arbeiter gesucht, Neubau Stallbaumstraße. Die Arbeiter, die daraus hörten anfragten, erhielten den Bescheid, daß sie bei Seehn Gartenarbeit als Streikbrecher verrichten sollten. Natürlich wurde das abgelehnt.

Als spiritus rector der Arbeitgeber fungiert Herr Otto Neumann, gartenbautechnisches Bureau, Windmühlenstraße. Als Vorsteher des Arbeitgeberverbandes verwaltet er einen sechzehn eingerichteten Arbeitsnachweis zur Vermittlung von Streikbrechern. Bisher konnte Herr Neumann jedoch nichts vermitteln, dennoch ist seiner Tätigkeit die nötige Beachtung zu schenken.

Heute bewilligte noch eine größere Firma, so daß die Zahl der Streikenden sich von Tag zu Tag verringert. Anfragen bezüglich des Streiks und dergleichen sind nach dem Volkshaus zu richten.

#### Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein.

Von den organisierten Straßenreinigern erhalten wir eine Anschrift, in der sie sich gegen eine Stelle in dem von uns veröffentlichten Urteil eines Metallarbeiters: Eine Gastrolle bei der Firma Gad wenden. Es wurde dort gesagt, daß der Rat für das "Straßenreinigen" 8.50 M. täglich zahle, während man bei Gad bei 9½ Stunden Arbeitzeit 2.85 M. verdienen könne. Der Ausdruck "Straßenreiniger" wird nun von den Straßenreinigern unliebsam empfunden, da ihnen solche oder ähnliche Redensarten oft genug an den Kopf geworfen würden. Auch möge der Schreiber des Urteils einmal mit den Besen oder den Alphabschleifer 9 bis 10 Stunden lang die Straße "räumen", dann werde er von der "Rivalität" eine andere Meinung bekommen.

Dazu wollen wir bemerken, daß dem Artikelschreiber als organisierte Arbeiter es natürlich nicht angekommen ist, die Straßenreiniger irgendwie herabsetzend zu glossieren. Wenn die Bedeutung gebraucht wurde, so nur deshalb, um den Gegensatz der Bezahlung von gleicherweise ungelernter Arbeit auszuzeigen, der hier so stark zum Ausdruck kam. Vielleicht erinnern sich die Straßenreiniger auch der sogenannten Kundennamen, die in den Handwerken üblich sind und oft recht drastisch klängen, von den Beteiligten aber hingenommen werden, ohne sie als Ehrenkränkung zu empfinden. Womit wir natürlich nicht dem ständigen Gedruck der Redemündung das Wort gesprochen haben wollen.

#### Deutsches Reich.

##### Ende des Streiks und der Ausperrung im Schneidgewerbe.

In Jena wurde bekanntlich eine Vereinbarung getroffen, nach der unter dem Vorwurf der drei Unparteilichen eine Einigung über die strittigen Punkte erzielt werden sollte. Vorher war vereinbart worden, daß sowohl Streik wie Ausperrung am 1. April aufgehoben und am 2. April die Arbeit aufgenommen werden sollte. Das wurde durch die Abstimmung des Schneidgewerbebands abgelehnt. Der Verband wußte ursprünglich nicht, ob infolge dieser Ablehnung die Unparteilichen überhaupt noch in Funktion treten würden. Dr. Hiller antwortete telegraphisch, daß die Zusammenkunft in Jena auf alle Fälle stattfinden werde. Das unparteiliche Kollegium mußte nun, nachdem die ersten Grundlagen abgelehnt waren, eine neue Grundlage suchen, auf der zu verhandeln war.

Die neuen Einigungsverhandlungen erfolgten nunmehr auf dieser Grundlage:

1. Die örtlichen Vertreter der einzelnen Städte bringen vor den Unparteilichen ihren Standpunkt zur Geltung, insbesondere, wie sich die Forderungen der Arbeiter zu dem Angebot der Unternehmer verhalten.

2. Die strittig gebliebenen Punkte entscheiden die Unparteilichen durch Schiedsspruch, welchen sich die Zentralorganisation von vornherein unterwerfen, ohne daß hierüber eine Abstimmung innerhalb der einzelnen Organisationen stattfinde.

3. Die Unparteilichen behalten sich vor, in den geeigneten Fällen die örtlichen Vertreter anzuhören, unter sich über die strittigen Punkte eine Einigung zu versuchen.

4. Die Wiederaufnahme der Arbeit der Streikenden erfolgt spätestens am Dienstag nach Ostern.

Die Vertreter der einzelnen Orte hatten nun auf dieser Grundlage ihre Forderungen zu begründen und dabei das Angebot der Unternehmer zu erwidern, um so den Unparteilichen ein Bild zu geben, wie weit die Forderungen der Arbeiter und Angebot der Unternehmer bei den einzelnen Orten voneinander abweichen und inwieweit die Forderungen der Arbeiter begründet sind. Die Unternehmer trugen ihre Begründungen vor. Nachdem dies geschehen war und auch die Zentralvorsitzende ihre Meinung über die Ergebnisse für die einzelnen Orte kundgetan, zogen sich die drei Unparteilichen zurück und urteilten nun nach dem, was ihnen vorgefragt war und sahen den Prozentsatz fest, der für den betreffenden Ort als Lohnhöhung Gültigkeit haben soll. Durch diesen Schied-

spruch wurden erkannt: Berlin 8½ Prozent, 25 in 5%, Düsseldorf 7½, Halle 7½, Hamburg 7—7½ Prozent (dort wurde noch eine neue Klasse gebildet, in der 11½ Prozent bewilligt wurden), Cottbus 7½ Prozent (für Hosen 12 Prozent), Libeck für Stoff- und Damentonfertigung 7½ Prozent, Uniform 5½ Prozent, Magdeburg 7 Prozent, Meiningen 5½ Prozent, München 9 Prozent, Niedersachsen 6½, Solingen 5, Trier 5½ Prozent. In der Leipziger Damenschneiderei wurde entschieden, daß die Arbeitszeit auf 9 Stunden verkürzt wird, in Danzig wurde die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden verkürzt. Lübeck, Osnabrück und Weimar einigten sich ohne Schiedsspruch. Nach diesen prozentualen Zuschlüssen mußten die örtlichen Vertreter sich dann zusammensetzen und diese prozentuale Lohn erhöhung auf die einzelnen Lohnpositionen umrechnen, wobei es gestattet war, auf die einzelnen Positionen die Zuschlüsse verschieden zu verteilen, nur im Durchschnitt mußte sich der bewilligte Zuschlag ergeben. Bis Sonnabend, nachmittags 1 Uhr, waren die Einigungsverhandlungen beendet.

Die Lohnbewegung im Schneidgewerbe gilt damit als beendet. Die Beschlüsse sind endgültig; beiden Parteien steht ein Einspruchrecht nicht mehr zu, weder die Arbeiter noch die Unternehmer können die Zustimmung ihrer Mitglieder zu dem Vertragsabschluß einholen.

Dann wurde noch die Frage der Einführung eines Reichstarifss beantwortet. Die Reichstarifss ist kein Reichstarif, wie er im Buchdruckergewerbe besteht, für das Schneidgewerbe in erhebbarer Stellung noch nicht für durchführbar halten. Die Verschiedenheit der Altersgruppen in den einzelnen Orten läßt sich nicht so leicht ausgleichen. Die Unparteilichen änderten dann ihren Vorschlag dahin, daß wenigstens auf der Grundlage der heute abgeschlossenen Tarife ein Reichstarif geschaffen werde, der als Mantel dienen soll. Die Unternehmer wollten, daß die Arbeiter sich auf die nächsten vier bis fünf Jahre der Anwendung jeglicher Maßnahmen begeben und sich wie in diesem Jahre auch in andern Jahren einem Schiedsspruch der Unparteilichen unterwerfen. Die Arbeiter erklärten, daß sie so weit gehende Zustimmungen, zu denen die Instanzen im Verband sich äußern müssen, nicht geben können; auch dafür einzutreten, lehnten sie ab. Daraufhin wurde von den Unparteilichen vorgeschlagen, daß nach drei Monaten die Centralvorsitzende wieder unter dem Vorstoß der Unparteilichen zusammenkommen, und daß Anträge für das Zustandekommen eines Reichstarifvertrags an den Magistratsrat v. Schulz zu richten sind.

#### Vom Sachsischen Bergarbeiterstreit.

Die von den Kohlenherren in den Feiertagen erhohte erste Abbrückelung des Streiks, die dann andere Teile der Streikenden mitreichten und schließlich die ganze Bewegung zerstören würde, ist nicht eingetreten. Die Herren hatten offenbar damit gerechnet; denn anders ist ihre ablehnende Haltung gegenüber den Einigungsanträgen der Arbeiter nicht zu verstehen. Sie sind gefasst, weil nach den Feiertagen die Zahl der Streikenden noch genau dieselbe Größe wie vorher aufzuweisen. Der Bergarbeiterverband hat, wie bis jetzt festgestellt ist, für das Zwicker Revier während dieser Bewegung mehr als 1800 neue Mitglieder gewonnen.

Heute beginnen die "christlichen" im Zwickauer Revier ähnlich wie ihre katholischen Brüder im Rheinland es getan haben, gegen die streikenden Bergleute anzurennen. Sie versuchen namentlich, alle evangelisch denkenden Arbeiter von der Altklosterfest des Streiks zu überzeugen und zum Streikbruch zu bewegen. Ganz wie früher im Rheinland die Selbstlichkeit an hervorragender Stelle mit tätig war, ist der Verantwortlicher dieser Anti-Streikbewegung ein evangelischer Pastor. Er hat in seinem evangelischen Blättchen einen Aufruf erlassen, der die Absicht, durch Zersetzung der Arbeiter den Streik zunächst zu machen, klar erkennen läßt.

#### Die Streikjustiz im Ruhrrevier.

Aus Dortmund wird uns geschrieben:

Der Appell des Zehngewaltigen Weidmann im preußischen Herrenhaufe an den Minister, im Ruhrrevier schleunigt ein Beispiel zu statuieren, hat seine volle Wirkung gelan. Die Gerichte im Industriebezirk haben seit zehn Tagen eine Arbeit verrichtet, die die Welt in Stauben gesetzt hat.

An 100 "Streikverbrecher" sind von den Gerichten in Dortmund, Bochum, Essen, Duisburg, Herne, Münster, Unna und Hamm bis heute zu circa 28 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Aber noch am Montag kündigte die bürgerliche Presse für das Landgericht in Dortmund die Errichtung einer zweiten Streit-Strafammer an, weil die erste eigens zur Aburteilung von angeblichen Streitvergehen gebildete Kammer (!) die "Arbeit" nicht bewältigen kann. Noch über 200 "Streikverbrecher" befinden sich allein in Dortmund in Untersuchungshaft, insgesamt dürften sich vielleicht noch etwa 1000 Personen vor dem Richter wegen desselben Delikts in allernächster Zeit zu verantworten haben. Die preußischen Gerichte stellen einen neuen Rekord auf!

Auch der Streik im Jahre 1903 hatte eine große Anzahl gleicher Prozesse im Gefolge. Auf hohe Gefängnisstrafen wurde damals kaum, auf geringe Gefängnisstrafen in sehr vielen Fällen, meist aber wohl auf kleine Haft- und Geldstrafen erkannt. Dieses Mal ist auf Geld- und Haftstrafen selten erkannt (etwa 500 M. Geldstrafen und 15 Wochen Haft), dagegen sind durchweg Urteile ergangen, die man mit vollem Recht als drakonisch bezeichnen muß.

Ein "Psuit" oder der Ausdruck "Streikbrecher" wurde 1903 aufnahmlos mit einer Geldstrafe belegt. Heute wird dieses schwere Verbrennen gemäß dem höheren Wert, den die nützlichen Elemente der kapitalistischen Gesellschaft, die Arbeitswilligen, gegen ehemals haben, durchweg mit einem Monat Gefängnis geahndet.

Die höchst eigenartige Handhabung der strafprozeßualen Bestimmungen (Verzichtserklärung der Angeklagten auf die gesetzliche Verteidigung) ist in der sozialdemokratischen Presse schon geblüht und gekennzeichnet, aber geändert hat sich hierin nicht das Mindeste. Im Gegenteil! Ein etwa fehlender Strafantrag wird im Gerichtssaal nachgeholt. Der Herr Staatsanwalt bemüht sich erforderlichst persönlich. Und auch von den Richtern geschieht manch ungewohnte Handlung. Vorgerichtet stellen die Gerichte noch wie vor selbst bei Strafen von einem Monat "Fluchtverdacht" fest. Die Ladung von Entlastungszeugen wird von den Schöffenvorrichtungen mit der sonderbaren Begründung abgelehnt, daß diese doch das Zeugnis des ehrlich vernommenen Gerichtsmanns nicht zu erschüttern vermöchten. Die Urteile und ihre Begründung aber bleiben weiteren Kreisen, die nicht die bevorzugte Schule der preußischen Richter abholzen, unverständlich, und zwar in einem so hohen Maße unverständlich, daß er über sie mahlos empört ist.

Die Urteile könnten kaum anders ausfallen, wenn sie von den Werkbühnen gefällt würden, und es ist einfach ein psychologisches Unding, von den Richtern andere Urteile zu erwarten. Richter und Bergwerksunternehmer gehören zur selben Gesellschaftsklasse, sie haben dieselben wirtschaftlichen Interessen, sie sind vielfach verwandt und verschwägert, haben die gleiche Erziehung genossen und haben dieselbe Lebensanschauung gemein. Sie bilden mit anderen Elementen gemeinsam eine Klasse, die der austreibenden Arbeitersklasse nicht nur verständnislos, sondern naturnotwendig auch — wenn auch unbewußt — feindlich gegenübersteht. Gerade aus diesen Momenten heraus ergibt sich das Wesen der Klassenjustiz.

Man darf sich deshalb auch nicht darüber wundern, daß die harmlosen Handlungen der Angeklagten, die aus berechtigter Empörung geboren sind, nach Ansicht der Richter gemeinen Motiven entstehen. So urteilen auch die Grubenbarone, Schafmacher und sonstige Arbeitersfeinde. Trotz allem bleiben die meisten Verurteilten natürlich in den Augen ihrer Klassengenossen und anderer einsichtsvoller Deutescbrenner Arbeitsmänner und Proletarierfrauen, die durchaus die Achtung ihrer Mitmenschen verdienen. Unter den bisher Abgeurteilten befinden sich in überwiegendem Maße katholische Bergarbeiter. Auf diese Weise werden demnach aus Kreisen über das Wesen unserer Rechtsprechung die Augen geöffnet, die sozialdemokratische Belehrung zum Teil nicht zugänglich waren.

Eins ist denn auch gewiß. Die Schafmacher, die Regierung und die Gerichte läden Wind. Sie werden Sturm ernten!

#### Niedersachsen.

Die Wiederaufnahme der Arbeit in den englischen Kohlengruben.

London, 9. April. W. T. B. Nach den Zeitungen wird es noch einige Wochen dauern, bis der Betrieb in den Kohlengruben wieder in vollem Gange ist. Einige Gruben werden vielleicht geschlossen bleiben. Andere Gruben sind durch den langen Streik so in Unordnung geraten, daß man etwa eine Woche gebrauchen wird, um die Wege wieder frei zu machen und die Auszimmierung zu erneuern. Überall sind beim Wiederbeginn der Arbeit besondere Vorkehrungen gegen Unfälle nötig. Der größte Teil der sozialdemokratischen Kohlen geht an die Eisenbahnen, die allmählich den vollen Betrieb wieder aufnehmen. Ende dieser Woche werden voraussichtlich auch verschiedene Industrien in den Stand gesetzt sein, den Betrieb wieder aufzunehmen.

### Bon Mah und Fern.

#### Sturmnotizen.

Die Stürme der letzten Tage haben zu Wasser wie zu Lande schweren Schaden angerichtet, und zwar inner- und außerhalb des Deutschen Reichs. Viele waren die Stürme von starkem Schneefall und Hagelschlag begleitet, wodurch schwerer Schaden an Häusern, Gärten, Baumplantagen usw. angerichtet wurde. So wird aus Köln a. Rh. berichtet, daß dort und in dem rechtsrheinischen Teil der Provinz starke Gewitter niedergegangen sind, die von Stundenlangen Schneefällen begleitet waren. Auf den Höhen der Eifel und den bergischen Landen liegt eine starke Schneeschicht. Schneefälle und schwere Stürme, die auf das prächtige Frühlingswetter folgten, werden auch aus Österreich, Schweden, England und selbst aus Tripoli gemeldet. Am schlimmsten haben die Unwetter aber an der Nord- und Ostseeküste und auf den Meeren gewütet. Wir geben darüber folgende Telegramme wieder:

Westerland (Sylt), 9. April. Der gestern Nacht herrschende und gegenwärtig noch andauernde orkanartige Weststurm hat die Wiesen der Insel überflutet und die Landungsbrücke bei Muusmarsch unter Wasser gesetzt. Die Fundamente der bei Westerland begonnenen großen Strandmauer sind durch schwere Brandung zerstört. Zwei Dampferrammen und eine Yacht sind im Sande begraben.

Holzoland, 9. April. Der schon tagelang andauernde Sturm ist in der vergangenen Nacht zum Orkan geworden. Zwei Frachtschiffe sind gesunken, ein Schoner ist auf der Düne gestrandet. Siebzehn Personen von diesen Fahrzeugen konnten noch in der Nacht geborgen werden.

Bei Cuxhaven, und zwar auf Mittelgrund beim vierten Feuerkai, ist heute früh bei schwerem Südwestersturm der vier Meter Alstersee gestrandet und von Schleppern nach Hamburg bugsiert worden.

Hamburg, 9. April. Durch den herrschenden Sturm sind an verschiedenen Stellen des Hafens Schuten und andre Fahrzeuge voll Wasser geschlagen und gesunken. Mehrere Schlepper haben sich losgerissen und sind beschädigt. Der von Niedersachsen aufgekommenen normelligen Dampfer Varibis gelangte im Kaiser-Wilhelm-Hafen mit dem Dampfer Braßlia in Kollision; beide Schiffe wurden leicht beschädigt. Die am Hafen belegene Straße Vorlehen ist überschwemmt; sämtlich in den niedrigen Stadtteilen belegene Kellerräume stehen unter Wasser.

Bremen, 9. April. Die Rettungsstation Wangeroog der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 8. April wurden von dem holländischen Ewer Amicitia (Kapitän Kiesstra), der mit Ries von der Weser nach Wangeroog bestimmt, in der blauen Bucht gestrandet war, drei Personen durch das Rettungsboot Ulfkönig gerettet. Am 9. April wurden von einem Kahn (Schiffer Wilhelm Meyer), mit Steinen von Ellenser-damm nach Wangeroog bestimmt, der in der blauen Bucht gestrandet war, zwei Personen durch das Rettungsboot Ulfkönig Bismarck gerettet. Durch dasselbe Rettungsboot wurden von einer holländischen Bark (Kapitän Voordewind), mit Ries von Delfzijl nach Wangeroog bestimmt, drei Personen gerettet. — Die holländische Fahl Wilhelm ist unterhalb Neuwerk gesunken. Die Schiffbrüchigen, zwei Männer, eine Frau und drei Kinder, wurden von dem Rettungsboot aufgenommen. Die Rettungsstation Pransade telegraphiert: Am 9. April sind von dem bei Großen geretteten dänischen Schoner Florentine (Kapitän Jensen), mit Eiern von Rostock nach Stettin bestimmt, drei Personen mit dem Rettungsapparat der Station gerettet worden.

Breisgau, 9. April. Die Stürme der letzten Tage haben in den Waldungen des Nieders- und Pfälzergebirges großen Schaden angerichtet. Viele zehntausend Bäume sind niedergebrochen. Wie aus Gottesberg gemeldet wird, haben die durchborenen, zuweilen orkanartigen Stürme im ganzen Waldenburg-Berglande ungeheure Schäden verursacht. Am Sonnabend und Sonntag war der Ausenthal im Freien gefährlich, ja geradezu unmöglich. Die Fernsprechleitungen und elektrischen Lichtleitungen vieler Gemeinden sind zerstört. Die Straßen in Gottesberg waren am Sonntag von Blauerwer, Siegeln, zerbrochenen Fensterscheiben und Schaukästen überlaufen.

Nikolaev, 9. April. Der seit drei Tagen hier herrschende Sturm ist heute zum Orkan ausgearbeitet. Viele Schiffe haben Havarien erlitten. Viele Reisi- und Zementladungen sind durchgezischt. Der Hafen für die Küstenschiffahrt ist zum Teil von den Wellen zerstört. Zwei Dampferrammen sind gesunken. Der Wasserstand ist auf 27,5 Fuß gestiegen. Die Passagierdampfer müssen bei Otschawo ankeren.

#### Dampferkatastrophe auf dem Nil.

Kairo, 9. April. Gestern abend hat sich auf dem Nil ein schwerer Unglücksfall ereignet. Üllig 15 Ausflügler von verschiedener Nationalität ertranken infolge Zusammstoßes eines Vergnügungsdampfers der Omnibusgesellschaft mit einem Waren dampfer der Firma Goot. Da gestern ein ägyptischer Feiertag war, war der Nil besonders stark belebt. — Der gesunkenen Vergnügungsdampfer hatte 800 Personen an Bord, von denen viele von dem andern Dampfer und von Booten gerettet wurden. Bisher sind 17 Menschen geborgen worden.

Kairo, 10. April. Wie jetzt gemeldet wird, sollen die bei dem Dampferzusammenstoß auf dem Nil verunglückten Personen sämtlich Ägypter gewesen sein, sämtliche ausländischen Touristen seien gerettet worden.

Ein Telegramm der Daily Mail aus Kairo sagegegen besagt, daß beim Unglück auch 15 Europäer zum Opfer gefallen se

# Der 1. Mai 1912.

**L**ieber von den Vertretern des klassenbewussten Proletariats im Jahre 1889 eingeführte Welfeierstag rückt näher. Damals bildeten die Sozialisten noch unter den Arbeitern der Kulturländer eine geringe Minorität. Wie gewaltig sind aber die Fortschritte, die die Arbeiterbewegung seit den Tagen des denkwürdigen Pariser Sozialistenkongresses gemacht hat. Die Sozialdemokratie ist heute zu einer respektablen Macht, zu einer Partei der Massen geworden. Überall steht die organisierte, klassenbewusste Arbeiterschaft im Mittelpunkte des politischen Interesses. Noch nie war sie von ihren Gegnern mehr gefürchtet als heute, deshalb die hartnäckige Gegenwehr des profitlüsternen Unternehmers und der zähe Widerstand der Vertreter der heutigen Gesellschaft in den politischen Körperschaften. Diese Kampfesstellung der Herrschenden ist zwar ein Zeichen des Fortschritts der Arbeiterklasse, erfordert aber ein ehrliches Vorgehen des Proletariats, um sein Ziel zu erreichen. Deshalb muß der Ruf

## Rüsstet zum Maifest!

in den Reihen der Arbeiterschaft den freudigsten Widerhall finden, er muß alle klassenbewussten Männer und Frauen veranlassen, für die **regste Beteiligung an der diesjährigen Maifeier Sorge zu tragen**. Die Maifeier muß auch in diesem Jahre zu einem stimmenden Protest gegen die herrschende Klasse gestaltet werden. In keinem Jahre lag für die Arbeiterklasse ein größeres Bedürfnis vor, eine machtvolle Demonstration für die Forderungen des 1. Mai zu entfalten, als in diesem. Se brutaler und rücksichtsloser sich die kultur- und volksfeindlichen Mächte dem Proletariat gegenüberstellen, desto lauter muß der Ruf des Proletariats nach **Erlösung, nach Licht, Lust und Leben** erschallen. Der 1. Mai ist der Tag, an dem sich das heiße Sehnen des niedergehaltenen Volkes der ganzen Kulturland zu einem einzigen Massenschrei vereinigen soll, der auch den hartnäckigsten Feinden der Arbeiterschaft zeigt, daß auf die Dauer ein Widerstand gegen die Forderungen des werktätigen Volkes unmöglich ist.

## Hoch der 1. Mai!



## Metallarbeiter Verband

Geschäftsstelle:  
Volkshaus,  
Reicher Str. 32, Port. rechts, I.  
Bürozaal: vorm. 8-9, mitt.  
12-1, abends 5-8. Tel. 3784

**Der Unterrichts-Kursus**  
über Berechnung der Wechselaräder an Fräsmaschinen usw. beginnt am Freitag, den 12. April, abends 8 Uhr, im Volkshaus.

**Metalldrücker.** Sonnabend, den 13. April, abends 8 Uhr, Versammlung im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Der kulturelle Aufstieg der Arbeiterklasse. Referent: Genosse K. Ryssel. 2. Bericht über die Statistik. 3. Verhandlungsgegenh.

**Einwohner von Borsdorf, Althen,  
Bonitz, Zweenfurth u. Umg.**

Sonntag, den 14. April, nachm. 1/3 Uhr

**Öffentliche Einwohner-Versammlung  
im Rosenschlößchen zu Borsdorf.**

Tagesordnung:

1. Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die Arbeiter. Referent: Mediator von Lojowski, Leipzig.
2. Stellungnahme zur Gründung einer genossenschaftlichen Organisation. Die Einwohner der obengenannten Orte, insbesondere die Frauen, werden erlaubt, in dieser Versammlung zu erscheinen. [7000]
- Die Kommission.

**X Madenwürmer** werden bestellt durch Dr. Hagens abführende Wormskokoladenpastillen Schachtel 60 d, allein echt Salomon-Apotheke, Grimmaische Straße 17.

**Helene-Briketts**

liefern

**Benno Grimm**

Tauchaer Str. 41

## Schmerels

### Monats-Garderobe

**nur** —

Katharinenstr. 8, 1. Etage

äl. u. gr. Geschäft Leipzig, verf. eleg. f. jed. preis. Illust. Palet, Anzüge, Hos., Jacke, Smot, Frack u. Schröde zu aufzallend billigen Preisen, zu allen Festlichkeiten, auch leihweise.

Reiche Ausw. in Milit. Stoffen, grünen u. schwarzen Manteln, Lire, Reit- u. Silelefholz, nur Katharinenstr. 8, Tel. 20027.

### Monats-Garderoben

welche von Millionären, Studenten u. Kavalieren sehr wenig getragen, nach Wahl gearbeitet, zu ganz bedeckt billig. Preisen.

Anzüge und Paletots

12, 18, 22, 28 Mr.

Schröde, Frack- und Smotting-Anzüge werden sehr billig verkauft und auch verliehen. Damengarderoben sehr billig.

Friedmann Mainstr. 9, I. Teleph. 14100 Sonnab. b. 7 Uhr geschlossen.

### Familien-Nachrichten

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme beim Verlust unseres lieben, herzigen Kurt sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.

Burgthausen, 8. April 1912. Paul Hofmann und Frau 8021 geb. Kathe.

### Nachruf.

Unerwartet ist durch tödlichen Unfall unser Mitarbeiter, Herr

**Otto Haberkorn**

aus unserer Mitte gerissen worden. Sein ruhiges bescheidenes Wesen wird ihm ein bleibendes Andenken bewahren.

Das Personal der Buchbinderei E. A. Enders.

## Robert Hellmann

Matthäikirchhof Nr. 29 — Fernspr. 4411

Beerdigungsanstalt; Feuerbestattung Vornehme Aufbahrungen. Große Auswahl in Holz- und Metallsärgen. — Annahmestellen: Südringstrasse 30 und Kochstrasse 9. — Fernsprecher 4314.

### Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie der zahlreichen Blumenspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, sagen wir allen sowie auch Herrn Pfarrer Dr. Hermelin für die trostreichen Worte und Herrn Oberlehrer Dallmer für den erhebenden Gesang am Grabe unseren innigsten Dank. Dank noch den Genossen, die sie zur letzten Ruhestätte getragen haben.

Theila, den 9. April 1912.

Oswald Lindner und Kinder.

Am 2. Osterfeiertag verstarb infolge eines Unfalls der Bierfahrer

## Bruno Schneider

im Alter von 36 Jahren.

Derselbe stand seit dem 15. Juli 1901 in unsern Diensten und hat sich durch sein ruhiges Wesen und durch Fleiß und Pünktlichkeit unsere volle Zufriedenheit erworben.

Wir bedauern sein fröhliches Hinscheiden aufrichtig und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

2. Plagwitz, den 10. April 1912.

Bräuerei C. W. Naumann Akt.-Gesellsch.

Am 2. Feiertag verstarb an den Folgen eines Unfalls, den er am 8. April erlitt, unser braver Kollege, der Bierfahrer

## Bruno Schneider

im Alter von 35 Jahren. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Fahrpersonal und Hofarbeiter  
der Bräuerei C. W. Naumann.

Die Beerdigung findet Donnerstag, 11. März, vormittags 10 Uhr, vom Trauerhause, Plagwitz, Raumburger Straße 2, aus auf dem Lindenauer Friedhof statt.

Bei dem Tode unseres lieben Entschlafenen

## Carl Bernhard Hentschel

sind uns so viele Beweise der Liebe und Teilnahme entgegengebracht worden, daß es uns unmöglich ist, jedem einzelnen zu danken, und wir nur auf diesem Wege unsern herzlichen Dank ausdrücken können. Besonderer Dank gebührt den Vertretern der drei Körperschaften Partei, Genossenschaft und Gewerkschaft für den ehrenden Nachruf sowie für den würdevollen Gesang des Buchbinder-Männer-Chors und ihres Dirigenten Herrn Karl Schiebold.

Berta Hentschel  
8018] im Namen aller Hinterbliebenen.

Nach längerem Leiden entschlief gestern sanft und ruhig unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater, der frühere Lagerhalter

## Reinhold Haase

im 87. Lebensjahr.

Um stilles Beileid bittend, zeigen dies nur hierdurch an

L. Lindenau u. Plagwitz, 9. April 1912

Die trauernden Hinterbliebenen Franz Koch und Frau Anna geb. Haase Artur Walther und Frau Elsa geb. Haase nebst Enkelkindern.

Die Beerdigung erfolgt Freitag, vormittags 11 Uhr, von der Halle des Lindenauer Friedhofs aus. — Gültig angebrachte Blumen werden nach der Beerdigungsanstalt F. W. Gerlach, Merseburger Straße 81, erbeten.

## Zentralverband der Zimmerer Deutschlands Zahlstelle Leipzig

Am Montag verschied nach kurzem Krankenlager und unerwartet unser langjähriges Mitglied, der Zimmerer

Gustav Mätzschker

im Alter von 43 Jahren. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Der Vorstand.

Das Begräbnis findet Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, vom Friedhof Knautkleeberg aus statt.

## Politische Übersicht.

### Gründe der Budgetverweigerung.

Aus Elsaß-Lothringen wird uns geschrieben: In dem Organ der satten französischen Bourgeoisie, dem Journal des Débats, das sich über Elsaß-Lothringen von klerikaler Seite bedienen zu lassen pflegt, wird zu der Billigung des Kaiserlichen Gnadenfonds durch die Mehrheit der bei den Beratungen in der Budgetkommission sitzenden abhängig verhaltenden Zentrumsfraktion der Zweiten Elsaß-Lothringischen Kammer ein bemerkenswertes Eingeständnis gemacht. Es heißt da mit wohlwollender Beschränkung dieses ausschenerregenden Umsfalls, der erst nach den heftigen Auseinandersetzungen im Schoße der reichsländischen Zentrumspartei möglich geworden ist: Das Zentrum wollte in der Sache des Gnadenfonds an seinem intransigenten Standpunkte nicht festhalten — einem Standpunkte, „der dem Ministerium die größten Schwierigkeiten bereiten und demzufolge die Versöhnung zwischen der Regierung und dem Zentrum unmöglich machen konnte“. Hier wird also ganz offen zugegeben, daß für die Zentrumspolitik im Reichslande, wie übrigens auch im Reiche, die Versöhnung mit der Regierung allezeit wichtiger ist, als die Wahrung der demokratischen Grundsätze, die vom reichsländischen Zentrum bei den Wahlen noch schreitender ausgehängt werden, als sonst im Reiche.

Die reichsländische Sozialdemokratie, die nach der Zustimmung unserer Reichstagsfraktion zu den durch die Aufnahme des allgemeinen Wahlrechts verbesserten Elsaß-Lothringischen Verfassungsvorlage von der nationalistic durchsuchten reichsländischen Zentrumspartei bei den Landtags- und Reichstagswahlen als die „kaiserliche Sozialdemokratie“ in der bekannten Scham- und gewissenlosen Weise belämpft worden war, nahm bei dieser Abstimmung ihre erste nachdrückliche Revanche. Die zweite war die Abstimmung über das Gesamtbudget, die am 3. April stattfand. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte als die einzige konsequente oppositionelle Fraktion des Landtags gegen das Budget. Es ist richtig, die Regierung hatte unsern Fraktion die Entscheidung leicht gemacht. Am Tage zuvor hatte der Unterstaatssekretär Mandel gegenüber klerikalen Vorhaltungen erklärt, die Regierung habe bei den Wahlen ihre Beamten dahin instruiert, daß sie „in den zulässigen Grenzen“ jede Partei, auch die des Zentrums, unterstützen könnten, mit Ausnahme der Nationalisten und der — Sozialdemokratie. Also die Sozialdemokratie ist gleich den Nationalisten von der Regierung im Gegenseite zum Zentrum gekämpft worden, das bestätigt uns auf Vorhalt von nationalisticcher Seite der Unterstaatssekretär für das Innere. Die „kaiserliche Sozialdemokratie“! Die Sozialdemokraten in der Kammer waren weniger unglimlich über diese Feststellung einer von ihnen schon vordem behaupteten Tatsache, als die Zentrums und Nationalisten, welche sich der Regierungsgunst erfreuen möchten, während sie sich gleichzeitig vor den Wählern als die wildesten Oppositionsmänner gedeckt. Insofern rügte die Regierungserklärung gegenüber der Zentrumsdemagogie die Dinge wieder an ihren wirklichen Platz. Sie spricht aus, was ist.

Als Gründe der Budgetablehnung blieben aber außerdem für die Sozialdemokratie bestehen die Erwägungen, die sie bei der Generalsdebatte über den Staatsentwurf bewogen hatten, zu erklären, daß sie diesen Entwurf ablehnen müsse: der klassenstaatliche Charakter des ganzen Budgets. Es ist in der Staatsberatung nicht gelungen und konnte nach Lage der Dinge der sozialdemokratischen Minderheit nicht gelingen, das Budget so umzustalten, daß es für die Sozialdemokratie annehmbar geworden wäre. Auch vom rein wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus kommen, wie in den andern deutschen Bundesstaaten und noch mehr als in den meisten von ihnen, die Interessen der industriellen Arbeiterschicht im Vergleich zu den Interessen der sogenannten staatsbehaltenden Schichten zu kurz. Für die Fabrik- und Bergwerksinspektion wird in dem Industrielande Elsaß-Lothringen fast nichts ausgegeben, während das Budget der landwirtschaftlichen Verwaltung einen übertragenden Platz einnimmt. Auf dem Lande herrscht fast überall die Konfessionschule, und nur vereinzelt die gesetzlich ebenfalls zugelassene Simultanenschule, das Fortbildungsschulwesen ist noch in den ersten Anfängen. Die Regierung verteidigt in Ueberzeugung mit der klerikalen Mehrheit des neuen Landtags (Zentrum und Lothringer) den Klassenzweck des Schulwesens so eifrig, daß eine sozialdemokratische Resolution auf Abschaffung der Prügelstrafe in den Volksschulen in auffälliger Abstimmung abgelehnt werden konnte, ebenso wie eine gleichfalls von sozialdemokratischer Seite eingebrachte Resolution auf Abschaffung der Vorschulklassen bei den höheren Schulen und eine weitere Resolution auf Verminderung der Klassenfrequenz. Die gewaltigen Kostensätze des Landes, die in die Milliarden gehen, überläuft man trotz der immer wieder erneuten sozialdemokratischen Mahnungen dem Privatkapital zur Ausbeutung, und ebenso scheint es mit der Nutzarmachung der Rheinwohlfahrtskräfte für die Erzeugung von Licht und Kraft werden zu sollen. Dafür spricht die Tatsache, daß eine von der Stadt Mülhausen in Gemeinschaft mit andern Gemeinden schon vor einer Reihe von Jahren — ebenfalls auf sozialdemokratische Anregung hin — nachgeführte Konzeßion zur Errichtung eines Rheinkraftwerks bei Kembs solange nicht erteilt worden ist, bis das internationale Elektrokapital durch Erwerbung selbst des städtischen Elektrizitätswerks in Mülhausen, während der paar Jahre sozialistischer Stadtverwaltung (von 1908—1911) auch hier sich die Vorhand gesichert hatte. Von der Trennung von Staat und Kirche ist man so weit entfernt, daß die auf Lösung dieses Verhältnisses abzielende sozialdemokratische Resolution nicht nur in diesem, sondern auch im zweiten Teile abgelehnt wurde, der die gesetzliche Regelung des Ausstritts aus den Kirchen verlangte.

Ein Grund für die Budgetablehnung sind für die Sozialdemokratie natürlich auch die Ausgaben für Polizei und Gendarmerie, die in dem Grenzlande Elsaß-Lothringen verhältnismäßig hoch sind. Den bisherigen Fonds für die „geheimen Ausgaben im Interesse der Polizei“ hat man ein klein wenig herabgesetzt und das Dispositiv umschrieben — es geht jetzt gegen das „internationale Verbrecherium“ —, aber die Verhandlungen lassen keinen Zweifel darüber, daß

neben internationalen Mädchenhändlern und dergleichen, auch unliebsame politische Bestrebungen, wie die der Anarchisten, Sozialisten und — hier und da — der Rationalisten aus diesem Fonds bespielt und „unschäblich“ gemacht werden sollen. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei im Landtage, die bei der Spezialberatung in dritter Lesung auch gegen diesen in harmloserem Gewebe aufmarschierenden Polizeifonds stimmte, dessen parlamentarische Kontrolle die Regierung, wie sie erklärt hat, für die nächsten Jahre zu lassen will. Sie wird sich auf diese Kontrolle gewißlich einrichten, und Wunder darf man davon natürlich nicht erwarten. — Die auch in dritter Lesung aufrecht erhaltenen Herabsetzung der Repräsentationsgelder des Stattthalters von 200 000 Mk. auf 100 000 Mk. ist lediglich Zukunftsmusik, sie soll für den gegenwärtigen Statthalter nicht gelten. Und nachdem das Zentrum den Gnadenfonds schließlich so artig bewilligt hat, obwohl in der Budgetkommission die Zentrumsfraktion einstimmig war in der Ablehnung, so können diese Demagogen auch in der Frage der Repräsentationsgelder mit Glanz umfallen. Die Frage ist lediglich, was die Regierung bei einem möglichen Statthalterwechsel den schwarzen Unterhändlern bietet.

Man sieht, die Dinge lagen bei dieser Budgetabstimmung ziemlich einfach. Die reichsländische Sozialdemokratie würde aber, das darf versichert werden, auch in einer komplizierteren Situation bei der Abstimmung über das Landesbudget nicht vergessen haben, was sie ihren Grundsätzen und der Gesamtfraktion schuldig ist. Elsaß-Lothringen grenzt zwar an Baden, aber der Boden ist hier zu international und zu traditionell revolutionär, um das erforderliche Quantum von devotem Kantonalgeist selbst unter geschickter Regierungshand zu gedenken zu lassen.

### Deutsches Reich.

#### Haußmann, Tirpitz und Fortschritt.

In der Münchner Zeitschrift März beschäftigt sich der Abgeordnete Konrad Haußmann mit dem Flottenverein und dem Marineministerium. Er weist darauf hin, daß der Flottenverein nur scheinbar unabhängig, in Wirklichkeit ein Instrument in den Händen des Herrn v. Tirpitz sei. Dieser treibe eine besondere Ressortpolitik: er lasse durch den Flottenverein die Deffensivseite bearbeiten, um Stimmung für die Bewilligung immer neuer Flottenausgaben zu machen. Die Mittel für diese Propaganda werden nicht immer auf einwandfreie Weise eingebracht. So seien z. B. in der letzten Nummer der vom Flottenverein herausgegebenen Zeitschrift überall 17 Seiten Inserate der Firmen Krupp und Schichauwerft, also direkter Interessen am Flottenbau. Als das Bedenklichste stellt Herr Haußmann die Tatsache hin, daß der Flottenverein eine systematische Englandsfeindheit treibe, was zu der bedenklichen Spannung zwischen Deutschland und England beigetragen habe.

Mit diesen Dingen sagt Herr Haußmann durchaus nichts Neues, und gerade deshalb wird für seine Partei die Sache brenzlich. Man erinnert sich ja wohl noch, daß auch die Süddeutsche Volkspartei, deren Führer Herr Haußmann ist, lustig in den frühen Gewässern des Bülowischen Hollerottenthebels mitsächerte. Damals trieb der Flottenverein im Auftrage der Bülow und Tirpitz genau die gleiche Hebe wie heute, doch Haußmann und Konsorten nahmen keinen Anstoß daran. Aber auch seit die Süddeutsche Volkspartei in der Fortschrittlichen Volkspartei aufgegangen ist, hat man nie etwas von einer Bekämpfung der Tirpitzschen Flottopolitik gehört, sondern man sieht im Gegenteil diese Fortschritter mit grohem Elfer für diese Politik eintreten. Daran wird auch der schöne Artikel des Herrn Haußmann nicht das geringste ändern.

Daher der Flottenverein die Sache nicht wahrhaben will und den Admiral z. D. Blüsing in der Post versichern läßt, er sei nicht ein „Instrument“ des Herrn v. Tirpitz, ändert gar nichts. Natürlich ist niemals in solchen Dingen die Abhängigkeit formell nachzuweisen, aber auf diese Formalitäten kommt es nicht an.

So bleiben die Dinge wie sie waren. Der Flottenverein wird nach wie vor im Interesse des Marineministeriums und der Panzerplattenpatrioten seine Propaganda treiben, und die Fortschritter, die genau wissen, wie die Dinge liegen, werden alles bewilligen, was Herr Tirpitz verlangt, und obendrein gegen die vaterländischen Sozialdemokraten wettern, die Deutschland „wehrlos“ machen. Das muß so sein, denn es liegt im Wesen der bourgeois Politik,

#### Väterchens Galgenlieferanten.

Es ist nicht erst einmal geschehen, daß die preußische Polizei, allen völkisch-revolutionären Grundsätzen zum Hohn, sich als Helfershelferin des zaristischen Henkerregiments erwies und die in ihre Hände gefallenen Opfer der konterrevolutionären Verfolgungswut den Schergen Väterchens in die Hände spielte. Ein solcher standloser Fall wird jetzt wieder aus Katowitz gemeldet. Die Frankfurter Zeitung berichtet darüber:

Ein polnisches Ehepaar christlich-orthodoxer Konfession hatte vor fünf Jahren Russland verlassen müssen, da Mann und Frau als Sozialdemokraten die Verhaftung zu erwarten hatten. Sie zogen nach Krakau, wo sie durch Vermittlung von Almosen ihren Unterhalt fanden. Weiterhin beschaffte sie sich mit dem Vertrieb sozialistischer Schriften und Zeitungen. Vor einigen Wochen wurde die jetzt 62jährige Frau in Katowitz von der deutschen Grenzpolizei wegen angeblichen Schmuggels „anarchistischer“ Christen nach Österreich verhastet. Sie wurde angeklagt, aber vom Gericht in Katowitz freigesprochen. Trotz dieses Freispruches hielt man sie weiterhin in Haft. Ihr Mann beantragte daran hin von Krakau einen Bekanntnis in Katowitz, sich nach der Urfache dieser dauernden Inhaftierung seiner Frau zu erkundigen, indem er gleichzeitig sich bereit erklärt, alle Kosten ihrer Rückfahrt nach Krakau oder ihres etwaigen Transports zum Abischu über die Grenze zu bezahlen. Der Bekanntete erhielt von der Polizei die Antwort, daß die Freilassung der Händlerin noch nicht einwandfrei festgestellt sei. Diese Antwort teilte er noch am selben Tage dem polnischen Reichstagabgeordneten Seyda mit und bat ihn telegraphisch, den Minister des Innern zu veranlassen, für die baldige Freilassung der Frau, der leiderlei Vergehen nachgewiesen werden konnte, zu sorgen. Als er sich am nächsten Tage bei der Polizei erkundigte, ob inzwischen eine Anweisung zur Freilassung der Frau eingelaufen wäre, wurde ihm erwidert, daß

diese bereits über die Grenze transportiert sei. Auf die Frage, wo hin, wurde ihm zur Antwort: „Das ist Dienstgeheimnis.“ Auf dem Bahnhof erfuhr er jedoch bald, daß die Frau am Abend vorher von Beamten der — nicht etwa staatlichen, sondern städtischen — Rautewiler Polizei in einem Automobil zu dem 554 Uhr nach Sosnowice (Ruthenland) abgehenden Zuge gebracht worden war. Von Schreitend habe sie sich mit Händen und Füßen dagegen gesträubt, den Zug zu bestiegen. Doch die Polizisten zwangen sie dazu und führten dann die alte Frau, die vor Jahren Ruthenland verlassen hatte, um der russischen Polizei zu entgehen, und die seitdem, ohne irgendwie Anstoß zu erregen, sich in Österreich ehrlich ihr Brod verdient hatte, einem schweren Schicksal entgegen. Warum wurde die Frau nicht nach Österreich abgeschoben, wo sie seit Jahren ihren ununterbrochenen Wohnsitz in Krakau hatte und wo ihr Mann lebt, der ja bereit war, alle Fahrtkosten zu bezahlen?

Die Nachricht klingt so unglaublich und doch auch wieder, wenn man sich der früheren Fälle ähnlicher Art erinnert, so wahrscheinlich, daß ein sofortiges amtliches Dementi erwartet werden muß. Im andern Falle wird man annehmen müssen, daß der Skandal sich wirklich ereignet hat, und es wird dann Aufgabe unserer Vertreter sein, auf öffentlicher Parlamentstribüne die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Der „Ruhm“ der vorrussischen Polizei ist so fest begründet, daß sie es wahrlich nicht nötig hat, ihre althabende Polizeirolle gegenüber Väterchens Schergen wieder aufzunehmen.

#### Dekoration.

Die Deutsche Tageszeitung regt sich erheblich darüber auf, daß wir die Opferwilligkeit der Jungen für den „patriotischen“ Militarismus anzweilen. Das Blatt versichert, es habe „wiederholt die verantwortlichen Stellen auf zweckmäßige Arten einer Besteuerung der besteuerten Massen für Wehrzwecke ausdrücklich hingewiesen“. In der Tat: die Blätter schwärmen für allerlei Steuern, die das mobile Kapital treffen sollen. Sie handeln im Sinne des Stoffsatzes: „Herr Florian, verschou mein Haus, steck andre an!“ Indessen haben derartige Steuern die sehr ungernahme Eigenschaft, daß sie von den Arbeitern des Großkapitals auf die kleinen Gewerbetreibenden abgewälzt werden, oder — wo das nicht angesetzt — verschwindend wenig einbringen. — Die Tageszeitung schließt ihre Notiz:

Nur möchten wir darauf aufmerksam machen, daß sich in diesem verzweifelten Bemühen, die Sache zu verwirren, eine überaus verdächtige Art über unser Verlangen offenbart, daß Wehr- und Deckungsvorlagen nicht getrennt werden dürfen. Und diese Art ist wiederum ein Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie die Hoffnung hegt, bei einer getrennten Behandlung der Wehr- und Steuervorlagen im trüben zu fischen. Die verantwortlichen Stellen werden daraus am besten ersehen können, einen wie bedenklichen Weg sie einschlagen würden, wenn sie von dem Versuche abgehen wollten, eine geschlossene nationale Mehrheit für die Wehr- und die Deckungsvorlage zu finden.

Wenn Herr Trötel sein Denkvermögen einigermaßen anstrengen sollte, so würde er bald dahinterkommen, daß für die Sozialdemokratie die Einbringung eines „Mantelgesetzes“ die Sache ungemein vereinfacht: und „Wehrvorlage“ und Deckungsvorlage miteinander verknüpft; so wird die sozialdemokratische Fraktion einfach dagegen stimmen; wird aber die „Wehrvorlage“ angenommen und es handelt sich dann um die finanzielle Seite der Frage, dann tritt an die Fraktion die Aufgabe heran, die Volkssonne vor einer Schröpfung zu bewahren, den Bevölkerung die finanziellen Lasten aufzubürden und, soweit möglich, auch bei dieser Gelegenheit zur Verbesserung der verrotteten Finanzen beizutragen. Am trüben fischen wollen etwa jene, die die „Wehrvorlage“ am leichtesten zu einem neuen Raubzug gegen das Volk und zur Beschaffung neuer Extraprofit für Junker und Junkergenossen ausnutzen möchten.

#### Zur Nachwahl in Varel-Jever.

Am zweiten oldenburgischen Wahlkreis Varel-Jever, der durch den Tod Albert Trägers vacans geworden war, haben die Fortschritter am zweiten Osterfesttagen den bei den allgemeinen Wahlen durchgesetzten Bülow-Blocpolitiker Dr. Wieker aufgestellt. Die fortgeschrittlichen Reichstagswahlstimmen sind darin den Berliner Fortschrittgrünen gefolgt, die in dem Landtagswahlkreis Trägers ebenfalls einen echten Reaktionär in der Person des Dr. Augustin aufgestellt. Von unserer Seite ist Genosse Paul Hugo aufgestellt, der sich seit über zwei Jahrzehnten um das Mandat beworbt und jetzt Aufsicht auf Erfolg hat, obwohl der Kreis zu denen gehört, in denen der letzten Stichwahlen „gedämpft“ wurde. Die Nachwahl wird infolge des Verschwindens des langjährigen beliebten Vertreters Träger interessant werden, da bei der letzten Wahl ein nicht geringer Teil der Wähler in Träger nicht den Fortschrittman, sondern die allgemein sympathische Persönlichkeit sah, der man eben immer noch aus Praktik seine Stimme gab. Und es hat lange gedauert, ehe man sich im fortgeschrittenen Wahlkreiswählerkomitee zur Kandidatur Wiemer entschloß.

Der Wahlkreis Varel-Jever hat eine interessante Vergangenheit, und gerade das Einbringen der sozialistischen Ideen in die rein bürgerliche und sozialistische Landbevölkerung läßt sich an ihm gut studieren. Von 1887 bis 1888 behauptete regelmäßig der national-liberale Agrarist das Feld. 1881 wurde erstmals ein freisinniger gewählt; für die Sozialdemokratie wurden nur wenige hundert Stimmen abgegeben. Bei einer Nachwahl im Jahre 1887 wurde Albert Träger gewählt, der das Mandat bis zu seinem plötzlichen Erfolgen Ende bekleidet.

Mit dem Wahlgang der Sozialdemokratie im Kreise wurde das ursprünglich bürgerlichere Mandat Trägers immer unsicherer. Nur 1890 gelang es ihm noch, ohne Stichwahl durchzuholen; außer den freisinnigen wurden 5479 nationalliberale und 2410 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Drei Jahre später hatte der sozialdemokratische Kandidat seine Stimmenzahl verdoppelt, und bei den Wahlen von 1903 stand Genosse Hugo mit seiner Stimmenzahl an der Spitze der drei Kandidaten. Bei den letzten Wahlen im Januar 1912 endlich erhält Träger 1204, der Sozialdemokrat 13014, 4000 nationalliberale Stimmen geben in der Stichwahl wie immer den Ausschlag, indem Träger mit einem Vorsprung von nur 1700 Stimmen durchsetzt. Der größte Teil der nationalliberalen Wähler hatte sich der Stimme enthalten.

Aus den Wahlgästen geht also unzweideutig hervor, daß die Freisinnigen aus eigener Kraft den Wahlkreis nicht halten können. Dessen will sich auch die fortgeschrittenen Wähler recht wohl bewußt, und das offizielle Organ der Freisinnigen, die Liberale Korrespondenz, schrieb auch dieser Tage bereits, es sei anzunehmen, daß für die Stichwahl ein gemeinsames Operieren der bürgerlichen Elemente stattfindet, um den Wahlkreis dem Liberalismus zu retten. Die Gefahr aber ist gegen freier beträchtlich gestiegen, denn was dem sozialdemokratischen Kandidaten bisher im Kampfe um das Mandat sehr hinderlich war, die bekannte Popularität Albert Trägers, der im Flechtage sehr oft an der Seite der Sozialdemokratie gegen die eigene Partei stand, ist jetzt überwunden. Mit diesem gegen sie selbst gerichteten Disziplinbruch magen gerade bei den letzten Wahlen die Fortschritter große Schwierigkeiten haben. Und leider liegen sich außer den Bauern auch noch eine Angahl Arbeit für die Kandidatur Träger gewinnen. Indes darf nicht verschwiegen werden, daß wir gerade bei der letzten Wahl unter der ländlichen Bevölkerung starke Fortschritte machen. Und das will in den oldenburgischen Bezirken etwas bringen.

Während in der größten Stadt des Kreises, Müstringen, infolge des starken Arbeiterspersonals der Kaiserlichen Werte in Wilhelmshaven die sozialdemokratischen Stimmen bedeutend überwiegen, macht das Landergebnis diesen Vorsprung jenseitig wieder illusorisch. Doch wird die Werte in allernächster Zeit bedeutend vergrößert werden und die dann neu zugiebenden Wähler gehören der Sozialdemokratie. Es besteht also die begründete Aussicht, daß, wenn nicht diesmal, so doch sicher in den nächsten Jahren der Wahlkreis und wiedergewonnen.

Die Nationalliberalen im Kreise, selbst aller Aussicht auf Zurückgewinnung des Mandates entwöhnt, suchten nun wenigstens soweit ihren Einfluß geltend zu machen, daß sie den Fortschrittlern Vorschriften für die Auswahl ihres Kandidaten machten. Kaum war die Nachricht durchgesickert, man wolle den sogenannten „entschiedenen“ Fortschrittlern Tannen-Hering aufstellen, als auch schon nationalliberale Präfikten laufen wurden, dieser Kandidat würde auf ihre Unterstützung nicht zu rechnen haben. Also verschwand der im Kreise sonst beliebte Kandidat in der Versenkung. Es war ein arger Zwischenfall, der die Gemüter der Fortschrittsführer erschüttert: die eignen Parteianhänger verlangten einen Kandidaten, der in den Fühlspuren Träger wandelt, welchen Wunsch man schon in Rücksicht auf die Kleinbürgerlichen und auch die proletarischen Mittäufser Rechnung zu tragen müßten glaubte, die Nationalliberalen dagegen wollten einen Reaktionär im Wiener-Augustanischen Sinne. Und wenn man von der üblichen Unterbringung des Wählers absieht, bedeutet auch die am zweiten Oktaktag erfolgte Proklamierung des robusten Wiener weiter nichts, als eine von der Sorge um das Mandat getragene Konzession an die ausschlaggebenden Nationalliberalen im Kreise.

Die politische Situation hat sich im Kreise insofern etwas zu unserer Gunsten verschoben, als durch die neuen Auflösungsvorlagen die Stimmung der bürgerlichen Wählerschaft sicher nicht zugunsten eines militärisch begleiteten Kandidaten verbessert worden ist. Die liberale Presse des Wahlkreises erzählte ihren Lesern bereits wieder die alte Weise, daß die Auflösungsvorlagen insbesondere für die dortigen Werksarbeiter zu begreifen seien, weil sie diesen Verdienst und Brod brachten. Mit solchen Wählern muß man das von der Sozialdemokratie stark gefürchtete „Erbe Trägers“ zu retten suchen. Ob dieser Trick gelingen wird, ist sehr fraglich. Unsere Partei ist jedenfalls scharf auf dem Posten. Und daß die Fortschrittlern ihrem Träger einen Dr. Wiener folgen lassen, kann ihr nur willkommen sein.

Berlin, 10. April. Nach dem Einführungsgejeh zur Reichsversicherungsordnung soll die Reichsregierung im Jahre 1915 dem Reichstage die gesetzlichen Vorschriften über die Alterstypen zu erneuten Beschlusssatz vorlegen. Zur Prüfung der Frage soll ein Sachverständigenausschuß gebildet werden. Jetzt haben die Bundesregierungen in beschränkter Anzahl Sachverständige für diesen Ausschuß nominiert gemacht. — Hauptsächlich kommt der Ausschuß nun auch noch vor 1915 zu einem Entschluß.

Die Partei Drehtheide in der Auflösung. Der Vorstand der nationalliberalen Partei für die Provinz Westfalen, in dem die Grubenbarone den Ton angeben, beschäftigte sich mit dem linken Flügel der Partei, den Jungliberalen. In einem Beschlusse wird mit einem engeren Zusammenschluß der Allliberalen gedroht, wenn die Jungliberalen sich nicht der Gesamtorganisation unterordnen. Hinausdrängen würden sich die Allliberalen unter keinen Umständen aus dem Hause lassen, das sie seit vierzig Jahren bewohnten, und in dem sie sich als ihrem eigenen Bau heimlich fühlten. Natürlich wurde betont, daß die Führung nach rechts nicht verloren gehen dürfe. Man hofft von der „Jungmannschaft“, deren Tätigkeit innerhalb der Partei keineswegs verkürzt werden sollte, daß sie, den Ernst der Lage erkennend, klein geben werde.

Am alten Stile weiter. Der Ostmarkenkurs wird fortgesetzt. Das kann man einem Beitrag des Landwirtschaftsministers, Freiherrn v. Schorlemmer-Liefer in der Zeitung des Polener Tagblattes entnehmen, in dem es heißt: „Wenn es von keiner Seite bestimmt werden kann, daß die Provinz Posen die Hebung ihres Wohlstandes und ihrer Kultur, ihr wachsendes Fortschreiten auf allen Gebieten in erster Linie den Maßnahmen der Staatsregierung und dem Einfluß des Deutschen Reichs zu danken hat, dann kann auch kein Zweifel darüber obhalten, daß nur zähes und entschiedenes Verhalten des bisher beschrittenen Weges die Zukunft des Ostens der preußischen Monarchie gewährleistet.“

Der Herr Landwirtschaftsminister hätte sich seine Versicherungen schenken können. Daß ein preußischer Bürokrat jemals aus der Geschichte etwas lernen könnte, hat ja wohl ohnehin niemand geglaubt.

Alle politischen Nachrichten. Die Kommission für die handelsmaxine der Vereinigten Staaten hat ihren Vorsitzenden beauftragt, bei den amerikanischen Gesandtschaften und Konsulaten in Europa Erhebungen über Pools, Abkommen und Kartelle der fremden Dampfschiffsgesellschaften zu veranstalten als Vorbereitung zu der Untersuchung gegen den Schiffahrtskrieg, die das Repräsentantenhaus vor kurzem genehmigt hat. — Zuerst erhebt in der Humanitäts-Einspruch dagegen, daß der Generalresident von Tunis, Alapetite, unter dem Druck der arabischen Anstädte sieben junge Ein geborene bestraft habe, weil sie eine Sammlung für die Türken veranstaltet hatten, während die Italiener in Tunis unbehindert für ihre Landsleute sammeln könnten. — Admiral Taravelli, Oberbefehlshaber der italienischen Flotte, ist auf sein Sehnsucht aus Gesundheitsgründen seines Postens entlassen worden. Admiral Giale, Kommandant des zweiten Geschwaders, ist zum Oberbefehlshaber der Flotte, Admiral d'Aste Stella zum Kommandanten des zweiten Geschwaders ernannt worden. — Aus Tanger wird gemeldet, daß zwei Gruppen des Ued Amramstamnes in der Nähe von Mazagan einander seit einigen Tagen heftige Schermüller liefern, bei denen es auf beiden Seiten bereits mehrere Tote gegeben habe. — Nach Nachrichten aus türkischer Quelle sind vier Türken aus Alashker (Wilejet Erzerum), die sich nach Kars begeben wollten, bei Kasman auf russischem Gebiet von russischen Soldaten getötet worden.

## Österreich-Ungarn.

Protest gegen den kroatischen Staatsstreich.

Die Frankfurter Zeitung meldet unter dem 8. April aus Budapest: Der gestern begonnene dreißährige Kongress der ungarisch-slowakischen Sozialdemokraten, dem aus dem Deutschen Reich Otto Braun und aus Österreich der Reichsratsabgeordnete Leopold Winarsky bewohnen, beschloß einen energischen Protest gegen die Unterdrückung der Bevölkerung in Kroatien und akzeptierte eine Resolution für das mit allen Mitteln zu erlämpende allgemeine gleiche geheime Wahlrecht.

## Persien.

Das uneigennützige Vaterland.

Petersburg, 8. April. In einem offiziellen Communiqué über die persische Angelegenheit wird nach längerer Widerlegung verschiedener Presseberichte erklärt, daß die russische Politik in Persien nur ein Ziel habe, nämlich die möglichst baldige Beendigung der Unruhen, die für die wirtschaftlichen Interessen Russlands unheilvoll seien und neue Verwüstungen hervorzurufen drohten. In dem Communiqué werden mehrere Telegramme von Vertretern Russlands in Persien angeführt, in denen die innere Lage Persiens und die Aktion des Exchahs geschildert werden.

Es ist die alte Diplomatenaktik, die aus dieser offiziellen Auskunft spricht: Zuerst listet man die Unruhen an, um Anlauf zum „Einschreiten“ zu gewinnen, und dann wirkt man sich noch obendrein in die Pose des uneigennützigen Friedensstifters.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Vollschulreform.

#### II.

Da der Minister die Deputation zur Beschlusssatzung über seine Angebote geradezu gedrängt hatte mit dem Bemerkern, sie sollten die Grundlage sein, auf der dann „weitergebaut“ werden sollte, so war mit der Verwerfung seines Vorschlags eigentlich die Verabschiedung geboten, die ganzen Verhandlungen abzubrechen. Merkwürdigweise wurde aber — unter Teilnahme der Regierungsvertreter — weiter verhandelt. Noch hatte man ja nicht vor dem allerkritischsten Punkte gestanden: der Frage der Konfessionalität der Schule. Der Religionsunterricht war zwar bei den Verhandlungen über den Lehrplan bereits geregelt. Aber noch stand und steht heute nicht fest, in welchem Sinne er erledigt werden soll und ob etwa die Zwicker Thesen doch noch im Geiste selbst zu irgendwelcher Anerkennung gelangen sollten.

Vor allem jedoch war die Frage noch unentschieden, ob auch ferner die Schulen nach Konfessionen getrennt und damit auch weiterhin zum Machtwerkzeug der Kirchen gemacht werden sollten. Und die Regierung hatte Glück, ein Zufall rettete ihr den Scheit des Erfolgs; mit neun gegen sieben Stimmen nahm die Deputation den prinzipiellen Teil des § 7 der Regierungsvorlage an, wonach die schulpflichtigen Kinder die Schule ihres Beliebtheitss zu besuchen haben. Dieser Beschluss war nur ein Scheinfolg der Regierung; denn die Abstimmung fand in Abwesenheit zweier Gegner der Vorlage statt, außerdem erklärte ein nationalliberaler Mitglied, nur infolge eines Mißverständnisses bei der Abstimmung für statt gegen die Vorlage gestimmt zu haben. Aber die Regierung war bestimmt genug, den Schein für bare Münze zu nehmen. Auch gegenüber dem Verschluß in der folgenden Sitzung, den tatsächlichen Sachstand, der eine Mehrheit gegen die Regierungsvorlage bedeutete, festzustellen, verhielt sich die Regierung ablehnend. Sie bestand wie Shylock auf ihrem Scheine, einem Scheine, der nicht einmal eine papiere Grundlage hatte, sondern völlig in der Luft schwamm.

Der Eifer der Regierung, aus solcher Grundlage weiterarbeiten zu wollen, ist bemerkenswert, veranlaßt uns aber, nach dem Ziele zu fragen. Und dieses Ziel scheint uns zu sein, die Vorlage auf sieben Fällen durch die Zweite Kammer zu bringen, um dann die Entschließung der Ersten Kammer zu ermöglichen und durch sie ein Gesetz im Sinne der Regierung zu bringen. Der Hebel, durch den es gelingen kann, dem Entwurf Gesetzeskraft zu geben, ohne daß die Zweite Kammer ihn mit Mehrheit annimmt, nur durch die Zustimmung der Ersten Kammer, liegt in der Bestimmung der Verfassung, nach der ein Gesetz, das von der einen Kammer mit Mehrheit angenommen ist, nur dann als abgelehnt gilt, wenn in der anderen Kammer mindestens zwei Drittel dagegen stimmen. Nimmt also die Erste Kammer das Gesetz an und stimmt in der Zweiten Kammer wenigstens der dritte Teil der Abgeordneten dafür, so gilt es als angenommen. Auf die gleiche Art ist auch das jetzt geltende Schulgesetz von 1873 zustande gekommen. Der dritte Teil der Mitglieder der Zweiten Kammer sind einunddreißig, und diese Zahl findet sich für die Abstimmungen der Regierung ganz sicher. Haben doch in der Deputation zwei einflussreiche Mitglieder der nationalliberalen Fraktion, der Abg. Dr. Niethammer und — der Vorsitzende, Abg. Hartkner, für die Regierungsvorlage gestimmt, und in der Kammer werden sich noch mehr dazu finden. Sind doch die nationalliberalen Kommerzierräte der Gestaltung, die das Schulgesetz nach den Beschlüssen der Deputation erhalten würde, nicht grün, weil sie die allgemeine Volksschule in sich schließen und die Deputation auch den Wunsch der zahlungsfähigen Herren, wenigstens für die höhere Bildungsstufe der Volksschule Schulgeld einzuführen, und sie so den Besitzenden zu reservieren, abgelehnt hat. Im Sinne des Abg. Niethammer, der den Standpunkt der Standesschule vertrat, hat sich in der Deputation der dort als Gast anwesende Abg. Bauer, Kommerzienrat in Aue, in einer mit offenbarer Absicht vom Zaune gebrochenen Rede, ausgesprochen. Aber es wird ihrer noch mehrere geben, wenn nicht am Ende — die ganze nationalliberale Fraktion noch umfällt.

Die Haltung der Abg. Dr. Niethammer und Bauer drückt deutlich das Interesse aus, das der großkapitalistische Flügel der nationalliberalen Partei an der Volksschule hat: Förderung des allgemeinen Schulwesens nur in dem Maße, als es dem Kapital das notwendige, seinen Zwecken dienstbare Menschenmaterial liefert, und Vorbehalt des eigentlichen Bildungswesens für die Besitzenden, getrennt auch der Meinung des früheren Leipziger nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Hässe, der sogar Professor war: Geistesbildung vertrage sich nicht mit schwerer und schmugeliger Arbeit; entweder müsse ein Teil des Volkes auf niedriger Kulturstufe gehalten oder es müsse auf hohe Volksschulbildung mit Anspülchen auf höherer Lebenshaltung verzichtet werden.

Die Frage der Schulgesetzgebung umfaßt eine große Zahl wichtiger Gesichtspunkte. Die prinzipiellen, sind aber: allgemeine Volksschule, einheitliches Bildungsrecht, Unentgeltlichkeit der Schule und Freiheit von konfessionellen oder sonstigen Schranken und Nebenzwecken, die mit der wahren Schule und ihren Zielen nichts gemein haben. Um diese Punkte aber wird es noch heiße Kämpfe geben. Sieger werden voraussichtlich die noch in der Uebertreibbefindlichen herrschenden Klassen sein, sei es nun auf legalem oder auf dem halblegalen Wege der erwähnten Verfassungsbestimmung. Sieger werden voraussichtlich auch im Liberalismus nicht die liberalen, sondern die kapitalistischen Grundsätze. Aber gleichviel wer heute siegt, die Siegerin der Zukunft wird die „Masse“ sein. Mag sie durch kräftiges politisches Regen und Ringen sich das Menschenbildungsrecht einzämpfen, heute oder morgen! Mag sie sich aber auch durch die gewerkschaftliche Organisation schon im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft ein wirtschaftliches Los vorbereiten, daß nicht der leibliche Hunger und die körperliche Entkräftigung sie genügsamsfähig vor der gedekten Tafel der Menschengesellschaft stehen läßt!

Die Handelskammern gegen die Umsatzsteuer.

Die Handelskammern in Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen und Zwickau haben gemeinsam eine Petition zum Gemeindeauftrag erlassen an den Landtag gerichtet. Darin sprechen sie sich in erster Linie entschlossen gegen jede Art Gewerbesteuer, als eine unverhältnismäßige Besteuerung der Industrie, und gegen die Abgabensteuer aus. Dann wendet sich die Eingabe in bewerten zuverlässigen Ausführungen gegen Umsatzsteuern jeder Art, also sowohl gegen die

nach Chemnitzer Muster, wonach 10 Prozent des Umsatzes als Einkommen versteuert werden sollen, wie auch gegen die rohe Umsatzsteuer nach Niedersächsisches Vorschlag. Es wird unter anderem darauf hingewiesen, daß eine solche Besteuerung verkehrt gegen den § 2 des Steuerentwurfs, wonach die direkten Steuern nach „leiser und gleichmäßigen Grundlagen“ erhoben werden sollen. Sodann führen die sächsischen Handelskammern noch folgendes in der Petition:

„Auf ihre Wirkungen hin angesehen sind beide Sondersteuern ein gewaltiger Eingriff in das Wirtschaftsleben, wie sie von einer Autorität der Steuerwissenschaft als „Missbrauch des staatlichen Steuerungsrechts“ gebrandmarkt worden sind. Sie lasten in gleicher Weise auf allen Waren ohne Unterschied, auf Luxuswaren wie auf den notwendigsten Nahrungsmitteln. Gerade bei den letzteren, deren Preis auf sächsisches berechnet sind, müssen sie unter Umständen zu einer Preistiegerung führen, so daß auch die bedürftigsten Volkskreise beeinträchtigt werden. Ebensoviel Verstärkung erfahren die Konjunkturverhältnisse, wie es auch für die Besteuerung ganz gleichgültig bleibt, ob der Geschäftsgewinn etwa durch unertragliche Veränderungen oder durch andre Schädigungen und Verluste in vollem Umfang ausgeglichen wird.“

Aber abgesehen von solchen mehr zufälligen Ereignissen, lädt der Umsatz steuern einen schweren Schluß auf den ergasteten Gewinn zu. Das Verhältnis beider zueinander ist nicht nur nach den Geschäftsjahren, sondern auch innerhalb dieser von Betrieb zu Betrieb verschoben. Nach einer von der preußischen Regierung im Jahre 1908 über die Jahre 1905 bis 1907 veröffentlichten Statistik muß man annehmen, daß größere Detailgeschäfte nur gegen 5 v. H. des Umsatzes verdienen. Würden dieselben auf Grund des § 50 als Sondergewerbesteuer 2 v. H. des Umsatzes zahlen, so erfüllte ihr Einkommen dadurch allein eine Verminderung um 10 Prozent. Außerdem aber hätten sie neben dieser Sondergewerbesteuer die Einkommensteuer in voller Höhe von ihrem Gesamteinkommen zu entrichten. Wenn aber 10 Proc. des Umsatzes nach § 22 als Einkommen angesetzt werden, so ist dies eine Veranlagung des doppelten Einkommens. Nach § 50 soll zwar die Umsatzsteuer in einem angemessenen Verhältnis zum Beigewinn des besteuerten Gewerbes stehen. Durch diese allgemein gehaltene Wendung wird aber einer Steuer von solcher Willkürlichkeit wie der vorliegenden keine Grenzen gesetzt.

Wenn die Umsatzsteuer einen Schuh der kleineren Betriebe gegen den Wettbewerb der großen vermitteilt soll, so trifft diese Maßregel nicht das eigentliche Leben. Es ist ohne weiteres anzugeben, daß im Kleinhandel eine Notlage herrscht und viele kleine Unternehmungen danebenliegen oder schwer zu kämpfen haben. Sehr gut beleuchtet werden diese Verhältnisse durch eine Denkschrift der sächsischen Regierung vom 18. Februar 1902, in der als Ursache dieser Notlage die Überfüllung des Kleinhandels mit geschäftlich minderwertigen Elementen erkannt wird, daneben spielt allerdings die unverhältnismäßige Vermehrung der kleinen und mittleren Kaufmännischen Betriebe eine Rolle. Diese möchte in Sachsen in der Zeit von 1882 bis 1896, während der sich die Bevölkerung um 20 Prozent vermehrte, bei den Alleinbetrieben 42, den Betrieben mit einem Gehilfen 265, den Betrieben mit zwei Gehilfen 181 und den Betrieben mit drei bis fünf Gehilfen 50 Prozent aus. Dabei wäre nur eine Vermehrung um etwa 15 Prozent angemessen gewesen. Wegen der Verstärkung der Verhältnisse verwirkt die Regelung ganz in unserem Sinn die kleinen Unternehmungen auf die Selbsthilfe im Wege genossenschaftlichen Zusammenschlusses. Dieser Schritt ist auch vielleicht mit Erfolg getan worden, z. B. in den Körberversorgungsvereinen. Weiter hat der Kleinhandel auf eine bessere Kaufmännische Vorbildung zu sehen. Mit Recht stellt sich daher die erwähnte Denkschrift auf den Standpunkt, es kommt darauf an, die schwachen Betriebe zu stärken, nicht die starken zu schwächen. Die letzteren die Notlage der anderen entgehen zu lassen, wie es durch eine Umsatzsteuer geschehen würde, wäre eine wirtschaftlich verfehlte und rechtlich ansetzbare Maßnahme. Sie würde ihre Spur auch gegen einen Teil des zu schwäbenden Mittelstands selbst richten, weil zu diesem der größte Teil der Filialunternehmungen zu rechnen ist. Was die Großbetriebe und die Filialgeschäfte des Kleinhandels so emporgeshoben hat, ist ihre den Erfordernissen des wirtschaftlichen Lebens angepaßte, kaufmännisch richtige Betriebsweise. Sie kaufen ihr Waren beim Produzenten im großen ein und geben sie an den Verbraucher billig. Wenn sie gute Umsätze erzielen, so beweist dies eben, daß sie den Bedürfnissen des laufenden Publikums in beträchtlicher und preiswerte Weise gerecht werden. Da insbesondere die Filialbetriebe überall, in der Stadt wie auf dem Lande, denselben Preis berechnen, mögen lokale Preiskonventionen dadurch manchmal geprägt werden, es wäre dies aber eine Erziehung, die gewiß nicht zu befürchten ist.“

So die Handelskammern. Die Mittelstände werden sich durch diese Ausführungen natürlich nicht überzeugen lassen, sondern nur um so lauter noch den Umsatzsteuer rufen. Und da die Nationalliberalen den Konservativen in der Frage der Umsatzsteuer um einige Nasenlängen voraus sind, werden die Mitglieder der Fraktion Drehtheide, um in dem Wettkampf um die Gunst des Mittelstandes nicht ins Hintertreffen zu kommen, schließlich auch für die ebenso ungerechte wie zwecklose Steuer stimmen.

### Zum Kapitel Leutenot auf dem Lande.

Der Dienstknabe L. hält sich für das Jahr 1911 bei dem Gutbesitzer J. in Lampersdorf versteckt. Der Gutbesitzer muß mit der Arbeit des L. zufrieden gemeint sein, denn er gab ihm mehrmals Sonntags 50 Pf. extra. Als nun der Termin kam, wo die Erneuerung des Dienstvertrags für das Jahr 1912 erfolgen sollte, lehnte der Dienstknabe eine Erneuerung ab. Das scheint dem Gutbesitzer recht unangenehm gewesen zu sein, denn der Knecht bekam nun keinen Glinsiger mehr, dafür aber fast jeden Tag alle möglichen Titel aus dem bürgerlichen Lexikon. Eines Tages im September, als Landwirt und Dienstknabe mit Feldarbeit beschäftigt waren, gingen die Titulationen in lebhaftem Tempo wieder los. Das ging dem L. denn doch über die Halskraut und er meinte zu seinem Herrn: „Wenn ich Ihnen nichts mehr recht machen kann, so kann ich ja gehen.“ „Weinetwegen“ war die Antwort. Das Dienstbuch blieb er aufgehängt, den zufälligen Lohn jedoch nicht, den sollte er sich am 1. Januar 1912 holen. L. ist denn auch einmal danach gewesen, er wurde aber jedesmal vom Gutbesitzer abgewiesen, weil er noch nicht gerechnet habe. Nunmehr wandte sich die Mutter des L. breitlich an den Gutbesitzer und ersuchte um Auszahlung des Lohns. Der Landwirt antwortete, daß er nichts mehr zu zahlen habe. Mit dieser Antwort wandte sich die Mutter an die Amtshauptmannschaft. Dort wurde ihr der Befehl, daß der Landwirt im Recht sei, nur mißliche Rechnung gelegt. Die Mutter wandte sich nochmals an den Landwirt um Aufzehrung einer Abrechnung über den zurückgehaltenen Lohn. Hierauf ging ihr folgende Rechnung zu:

Meine Forderungen sind folgende:  
Für Versäumte und früh Nichtaufzehr . . . . . 3.— Pf.  
Vermittlungsgebühr . . . . . 5.— Pf.  
2 Wochen, die Woche 8 Pf., Mehrausgabe . . . . . 4.50 ”  
18 Wochen, die Woche 5.20 Pf., Mehrausgabe . . . . . 18.85 ”  
Summa 31.35 Pf.  
Lohn hat er noch zu bekommen . . . . . 28.84 ”  
Mithin habe ich noch zu bekommen . . . . . 4.51 Pf.  
und möchten Sie mir das selbe bald schicken.

Lampersdorf, den 27. 3. 12. O. J. Gutbes.

Zum Überfluss hat der Dienstknabe, obgleich er mit dem Abgang des Knechtes einverstanden war, denn er hat ihm ja doch Dienstbuch ausgehändigt, den Knecht auch noch wegen grundlosen Verlassens des Dienstes bei der Ortsbörse angezeigt und auch dessen Bestrafung — er soll 15 Pf. zahlen — erreicht. Das Gefinde ist, wie dieses Beispiel wieder zeigt, völlig rechtslos. Deshalb muß die Gesindeordnung bestellt werden.

Chemnitz. Der Rat der Stadt halle dem Stadtverordnetenkollegium eine Vorlage unterbreitet, zu Zwecken der sogenannten nationalen Jugendpflege 500 Mark zu Lasten der Schulgemeinde zu bewilligen. Die Begründung der Vorlage bewege sich nach dem Schema des famosen Landesabschlusses zwischen Schul- und Wehrpflicht. Die Stadt wolle damit den Erreichen der Regelung im Sinne der Bestrebungen dieses Abschlusses nachkommen und Einrichtungen schaffen, die zunächst ohne politische Förderung sein sollen, nur getragen vom "Geiste vaterländischer Gesinnung", wie sich der Berichterstatter Stadtv. Storl im Stadtverordnetenkollegium "vorsichtig" ausdrückte, Leibesübungen (Turnen, Sport und Spiel), Wandersungen und Vorträge veranstalten sollten. Das Garnisonkommando hat den Exerzierplatz zur Verfügung gestellt. Nur die Jugend sieht noch, die Arbeiterjugend. Die jungen Arbeiter sollen als Fortbildungsschüler zwangswise in die kriegerpatriotischen Vereine getrieben werden, um einst könig- und Kaiserfreie Männer zu werden. Unsre Beposse Straube und Lenger kennzeichneten diese Art Jugendpflege und erklärten, die verlangten Mittel verweigern zu müssen, solange nicht die Jugendpflege in ein einwandfreies Fahrwasser geleitet werde. Die bürgerlichen Vertreter beschlossen, den Rat zu ersuchen, die zu bewilligenden Mittel den nationalen Turnvereinen als Unterstützung für deren Mitarbeit bei der vaterländischen Jugendpflege zuflecken zu lassen.

Stollberg. An der letzten Sitzung beschloß der Stadtrat, ein städtisches Museum zu errichten.

kleine Nachrichten aus dem Lande. An der Geleitstraße von Dörschenbach nach Cauditz sind 17 Eisenbäume abgebrochen worden. Die amtschauptmannschaftliche Delegation zu Zehna hat eine Geldbefohlung auf die Errichtung des Tüters ausgelegt. — In den Porphyro- und Gneissbrüchen der Firma Thiele u. Co. in Wulda wurde dem 31jährigen Arbeiter Franz Künster aus Oberbörbisch, durch einen herabrollenden Stein der Schädel zertrümmert, so daß er sofort verstorb. Der Getötete ist Vater einer zahlreichen Familie. — An Jägergrün kam die 82jährige Witwe Wilhelmine Pfaff beim Feueranmachen dem Ofen zu nahe, so daß ihre Kleider in Brand gerieten. Die alte Frau erlitt dabei so schwere Brandwunden, daß sie nach zwei Tagen starb. — Wegen Unterzeichnung der Salzsteuer wurden dem Gutsbesitzer Beu in Schönbach 80 M. Geldstrafe auferkam. Auf seine Anweisung hin war in seiner Wirtschaft zum Kochen, Braten und Baden Blechsalz verwandt worden. — Der wegen Veruntreuungen von Vereinsgeldern verhaftete Sparkassenkassier G. Hauhold in Zwickau wurde in Freiheit gesetzt, weil Vollstreckungsgefahr in der gegen ihn eingeleiteten Untersuchung nicht zu befürchten ist. — Am Ostermontagabend war der in Einsdorf beim Elektrizitätswerk Ober-erzgebirge angestellte Monteur Auri Ebert aus Niederhäslich damit beschäftigt, das Schlagzeug der dortigen Hochspannleitung weiterzuziehen. Hierbei geriet er in Verführung mit der etwa 3000 Volt starken Leitung, blieb direkt am Mast mit beiden Händen hängen und schrie laut um Hilfe. Man durchschlug sofort die Leitung und brachte den Verbauswerken zur Erde. Er hatte jedoch bereits so entsetzliche Brandwunden und Blutverlust erlitten, daß er bald darauf, schon beim Eintreffen des Arztes, verstarb. Ebert war 31 Jahre alt, verheiratet und Vater von drei Kindern. — Als der in der Bleyer u. Doerfeldschen Möbelfabrik in Adorf beschäftigte Feuermann Uebel die Maschine in Gang sehen wollte, wurde er unvermutet an der Pluse in die Transmission gezogen und zweimal herumgeschleudert. Dabei zerriss die Bluse und Uebel flog in weitem Bogen in eine Ecke des Fabrikraums, und zwar in einen Haufen Säge- und Hobelspäne. Er war ohne jede Beschädigung davongetragen und konnte seine Arbeit folglich fortsetzen. — Der orkanartige Sturm, der dieser Tage im Erzgebirge wütete, hat großen Schaden angerichtet. So wurde in Oberwiesenthal am sogenannten Hungerhaus der Giebel vollständig eingedrückt und das Dach samt den Sparren aus der Lage gerissen, so daß es dem Einsturz nahe steht und geräumt werden mußte. An Wiesenthal hat der Sturm von einem Hause das ganze Blechdach abgedeckt, so daß es vollständig neu gedeckt werden muß. Auch wurden viele Gebäude entwurzelt sowie Eichenköpfe herabgeworfen.

## Aus den Nachbargebieten.

Altenburg. Unweit Rosib wurde der 26 Jahre alte Dienstmeister Kolbe, der für seinen Dienstherrn einen Möbeltransport nach Kreislich ausführte hatte, auf dem Heimwege von dem schweren Möbelwagen überfahren und auf der Stelle getötet. Die Pferde waren durchgegangen und der Geschirrführer war von seinem Sitz unter den Wagen geschleudert worden.

Halle a. S. In der Nähe von Wallwitz wurde ein Radfahrer beim Passieren eines Eisenbahnübergangs von einem Zug erfaßt und auf der Stelle getötet.

Marienbad. Auf der Straße zwischen Hollin und Praschtlanerie der Sacharinhändler Jakob Eisenhut seinem Konkurrenten, dem Sacharinhändler Kreuzer, aus, um diesen zu überfallen. Als Kreuzer auf seinem Fahrrad einherfuhr, schoss ihm Eisenhut schon schwer verletzt gewesenen Kreuzer nach 27 Messerstiche bei. Hieran wurde der Bewußtlose auf ein Feld gesleppt und liegen gelassen. Erst nach mehreren Stunden wurde er aufgefunden; seine Verletzungen sind tödlich. Das Ehepaar Eisenhut ist flüchtig.

Leipzig. Ein Privatier schloß mit drei herumgekommenen Individuen einen regelrechten Vertrag, nach dem sie für 2500 Kronen seinen reichen Schwiegervater ermorden sollten. Die gebürgten Mörder zogen den Vertrag zu Expressiven aus, bis sie der Privatier in seiner Bedeutung angezeigt; nun wurden sie verhaftet.

Aussig. Von einem großen Schadenfeuer wurde die dem ältereichischen Verein für chemische und metallurgische Produktion gehörende Fabrik für Phosphate heimgesucht. Das Feuer griff mit rasender Schnelligkeit um sich, so daß sich die Feuerwehr darauf befräuhten mußte, die benachbarten Fabrikgebäude vor einem Überspringen der Flammen zu schützen. Die gesamten Gebäude der Phosphatfabrik sind bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Die Entstehungsursache des Brandes ist nicht bekannt.

### Quittung.

Für die Bergarbeiter:

Bereits quittiert . . . . .	112.80
Männerchor Deutsch, durch F. Thieme . . . . .	2.25
Vom Vergnügen der Heizungsmonitore und Heizer . . . . .	12.-
Vom freien Turnen der Olgruppe, durch Blanke . . . . .	6.21
Klub der Harmlosen, Restaurant Kohlrabi-Insel . . . . .	1.45
Kinoangestellte L. West . . . . .	1.00
Madafahrverein Frisch auf in Groß-Döllzig . . . . .	4.80
Klub Kleeball, West. Börse, Lindenau . . . . .	1.50
Ortsverein Sommerfeld-Engelsdorf . . . . .	10.-
Extraktor beim Fleißjahrmarkt, Zentralkranken- u. Sterbehilfe der Tischler u. a. gewerb. Arbeiter Nr. 8, Hamburg . . . . .	28.-
Jahilstelle Kleinschöcher . . . . .	Summa: 176.41

Für die Bergarbeiter:

Bereits quittiert . . . . .	58.-
Doppelkopf, Volkshaus am 30. 3., durch B. . . . .	.85
Wintervergnügen, Fabrikarbeiter, Marxstadt . . . . .	12.80

Summa: 66.15

Für die Schneider:

Schöchersche in der Lindenauer Turnhalle . . . . .	1.11
--	------

### Briefkasten der Redaktion.

P. G. W. 1. Nein. 2. Max Steinmüller, Leipzig, Nordstraße 24.

Frau Sch. Städterin. Ja, solche Artikel werden in Gefangenanstalten angefertigt. In Zeitz ist unseres Wissens eine solche Anstalt nicht.

R. Solange Sie uns Ihren Namen und Wohnung nicht angeben, können wir Ihre Meldung über den erlangten Artilleriestrich nicht bringen. Sie können sicher sein, daß Ihren Namen niemand erfährt.

G. H. Poller. Wir haben auf Ihr Schreiben zu erwarten, daß unser Berichterstatter seine Darstellung über die Jugendgerichtsverhandlung aufrecht erhält.

### Auskunft in Rechtsfragen.

G. L. Lindenau. Gegen Bezahlung ist das verboten, sofern die Frau keinen Gewerbeschluß besitzt.

M. A. B. 1. Ja. 2. Wird nicht viel herauspringen.

M. H. hier. 1. Dieses Zeichen ist uns nicht bekannt. 2. Natürliche macht sich der Empfänger strafbar.

Langjähriger Leser, Lindenau. Die Kinder sind allerdings verpflichtet, für den Unterhalt der Mutter mit zu sorgen. Das beste wäre, Sie würden versuchen, mit dem Armenamt eine Einbarung über die Höhe der von Ihnen zu leistenden Beiträge zu treffen.

M. B. 1000. Die Ortskrankenkasse gibt keine solche Auskunft. Wahrscheinlich die Stelle, die die Pfändung hat vornehmen lassen.

X. P. Anhaltseeberg. 1. Nein. 2. Diese Frage ist unverständlich.

G. L. Delitzscher Straße. Sie sind verpflichtet, daß der Sorge zu tragen, daß der Wirt zu den üblichen Zeiten die Wohnung Mieter zeigen kann.

P. S. Großstädteln. Solche Eingesands können wir nicht aufnehmen. Die Zeitung ist nicht dazu da, um private Streitigkeiten auszutragen.

X. 70. Wir glauben kaum, daß Sie mit einer solchen Klage irgend einen Erfolg erzielen können.

M. S. 17. 1. Da wird nichts zu machen sein. 2. Läßt sich nicht sagen. 3. Das muß die Gesundheitspolizei entscheiden. 4. Beim Gesundheitsamt.

M. B. 25. Unter diesen Umständen sind Sie an den vorgelegten Kontakt nicht gebunden, außer Sie hätten ihn unterschrieben. Wenn nicht, können Sie am 1. Juli aussieben. Das ist kein Grund, sofort auszuziehen.

G. L. 3. Lindenau. Zu dieser Forderung ist der Wirt nicht berechtigt.

M. R. 90. Ja, die Pfändung ist zulässig.

M. M. 1000. Bei diesem Einkommen kann Ihnen nicht für diese Schuld gepfändet werden.

L. Lindenau. Nein, Sie können nur eine der beiden Seiten beziehen.

### Küchenzettel der Städtischen Speise-Anstalten.

Donnerstag:

Speisenkarte I (Gebäckblatt 9): Weiße Bohnen mit Schinkenstück.

Speisenkarte II (Zwiebelkarte 1): Gelbflock mit Büffelkäse.

Speisenkarte III (Zwiebelkarte 24): Kartoffelklöße und Möhren mit Schweinefleisch.

Speisenkarte IV (Brotkarte 1): Gelbe Erdbeeren mit Wiener Würstchen.

Speisenkarte V (Zwiebelkarte 5): Gelbe Erdbeeren mit Schinkenstück.

Speisenkarte VI (Käse, Butter, Milch, Eier, 100g: Weiße Erdbeeren und Möhren mit Schweinefleisch).

Speisenkarte VII (Waffelmarkenstraße 5): Waffeln mit Schokolade.

Speisenkarte VIII (Gießermannstraße 35): Kartoffelklöße u. Möhren mit Gabelwurst.

Speisenkarte IX (Gießermannstraße 35): Kartoffelklöße u. Möhren mit Gabelwurst.

**Arbeiter-Sekretariat.**  
Bureau: Volkshaus, Leipzig, Zeitzer Straße 32.  
Auskunftsstelle für Steuerfragen etc. — Sprechzeit nur an Wochen- tagen von 1/11 bis 1 Uhr und von 1/8 bis 1/8 Uhr. Sonntags ununterbrochen von vorm. 1/11 bis 7 Uhr abends. — Teleph. 5097.

### Auch der hartnäckigste Husten

hält den erprobten Wybert-Tabletten nicht stand, so steht in einem der zahlreichen Zeugnisse über dieses ausgezeichnete Mittel zu lesen: Wer irgend zu Erkältung neigt, viel zu sprechen hat, seinen Hals schonen muss, lässt sie nie ausgeben und nimmt sie regelmäßig, wobei er immer von neuem ihre erfrischende und wohltuende Wirkung verspürt. Die Schachtel kostet in allen Apotheken 1 Mk.



### Gardinen-

Rester, 1-5 Fenster pass  
sowie Stores, Vitrangen  
wegen Aufgabe des Geschäftes  
billig abzugeben

**Schützenstr. 15. I.**

Irrigator, Nasenspritzer, Lublbind, Unterlag, Damenslips, Verbandwatte etc. sowie alle Artikel zur Krank. u. Wochenpflege.

Irrigator, Nasenspritzer, Lublbind, Unterlag, Damenslips, Verbandwatte etc. sowie alle Artikel zur Krank. u. Wochenpflege.

Irrigator, Nasenspritzer, Lublbind, Unterlag, Damenslips, Verbandwatte etc. sowie alle Artikel zur Krank. u. Wochenpflege.

Irrigator, Nasenspritzer, Lublbind, Unterlag, Damenslips, Verbandwatte etc. sowie alle Artikel zur Krank. u. Wochenpflege.

Irrigator, Nasenspritzer, Lublbind, Unterlag, Damenslips, Verbandwatte etc. sowie alle Artikel zur Krank. u. Wochenpflege.

Irrigator, Nasenspritzer, Lublbind, Unterlag, Damenslips, Verbandwatte etc. sowie alle Artikel zur Krank. u. Wochenpflege.

Irrigator, Nasenspritzer, Lublbind, Unterlag, Damenslips, Verbandwatte etc. sowie alle Artikel zur Krank. u. Wochenpflege.

Irrigator, Nasenspritzer, Lublbind, Unterlag, Damenslips, Verbandwatte etc. sowie alle Artikel zur Krank. u. Wochenpflege.

Irrigator, Nasenspritzer, Lublbind, Unterlag, Damenslips, Verbandwatte etc. sowie alle Artikel zur Krank. u. Wochenpflege.

Irrigator, Nasenspritzer, Lublbind, Unterlag, Damenslips, Verbandwatte etc. sowie alle Artikel zur Krank. u. Wochenpflege.

Irrigator, Nasenspritzer, Lublbind, Unterlag, Damenslips, Verbandwatte etc. sowie alle Artikel zur Krank. u. Wochenpflege.

Irrigator, Nasenspritzer, Lublbind, Unterlag, Damenslips, Verbandwatte etc. sowie alle Artikel zur Krank. u. Wochenpflege.

Irrigator, Nasenspritzer, Lublbind, Unterlag, Damenslips, Verbandwatte etc. sowie alle Artikel zur Krank. u. Wochenpflege.

Irrigator, Nasenspritzer, Lublbind, Unterlag, Damenslips, Verbandwatte etc. sowie alle Artikel zur Krank. u. Wochenpflege.

Irrigator, Nasenspritzer, Lublbind, Unterlag, Damenslips, Verbandwatte etc. sowie alle Artikel zur Krank. u. Wochenpflege.

Irrigator, Nasenspritzer, Lublbind, Unterlag, Damenslips, Verbandwatte etc. sowie alle Artikel zur Krank. u. Wochenpflege.

Irrigator, Nasenspritzer, Lublbind, Unterlag, Damenslips, Verbandwatte etc. sowie alle Artikel zur Krank. u. Wochenpflege.

Irrigator, Nasenspritzer, Lublbind, Unterlag, Damenslips, Verbandwatte etc. sowie alle Artikel zur Krank. u. Wochenpflege.

Irrigator, Nasenspritzer, Lublbind, Unterlag, Damenslips, Verbandwatte etc. sowie alle Artikel zur Krank. u. Wochenpflege.

Irrigator, Nasenspritzer, Lublbind, Unterlag, Damenslips, Verbandwatte etc. sowie alle Artikel zur Krank. u. Wochenpflege.

Irrigator, Nasenspritzer, Lublbind, Unterlag, Damenslips, Verbandwatte etc. sowie alle Artikel zur Krank. u. Wochenpflege.

Irrigator, Nasenspritzer, Lublbind, Unterlag, Damenslips, Verbandwatte etc. sowie alle Artikel zur Krank. u. Wochenpflege.

Irrigator, Nasenspritzer, Lublbind, Unterlag, Damenslips, Verbandwatte etc. sowie alle Artikel zur Krank. u. Wochenpflege.

Irrigator, Nasenspritzer, Lublbind, Unterlag, Damenslips, Verbandwatte etc. sowie alle Artikel zur Krank. u. Wochenpflege.

Irrigator, Nasenspritzer, Lublbind, Unterlag



## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 10. April.

**Geschichtskalender.** 10. April 1583: Der holländische Gelehrte und Staatsmann Hugo Grotius (eigentlich de Groot) in Delft geboren († 1645). 1727: Samuel Hennicke, Begründer des Taubstummenwesens, in Nautschütz bei Weissenfels geboren († 1790). 1755: Samuel Hahnemann, Begründer der Homöopathie, in Meissen geboren († 1843). 1804: Der Komponist Eugen d'Albert in Glasgow geboren. 1907: Ignaz Ruec gestorben.

Sonnenaufgang: 5,17, Sonnenuntergang: 18,47.  
Mondaufgang: 8,25 vorm., Monduntergang: 10,14 vorm.

**Wetter-Prognose für Donnerstag, den 11. April.**  
Westwind, veränderlich, etwas wärmer, kein erheblicher Niederschlag.

## Noch zwei Baugenossenschaften.

Kürzlich haben wir an dieser Stelle die Geschäftsberichte zweier Leipziger Baugenossenschaften, der Gemeinnützigen Baugesellschaft und der Baugenossenschaft des Leipziger Mietervereins, besprochen. Dabei haben wir unser Urteil über die Baugenossenschaften kurz dahin zusammengefaßt: Die ungeheure Wohnungsmisere wird durch das Wirken dieser Baugenossenschaften kaum berührt, geistige Weise denn aus der Welt geschaffen. Heute liegen uns die Berichte von zwei ähnlichen Unternehmungen vor, auch nach der Durchsicht dieser können wir unser Urteil einer Revision nicht unterziehen. Vielleicht, daß manches zu erreichen wäre, wenn die Kräfte in der Baugenossenschaftsbewegung nicht allzu sehr zerplättet wären. So aber hält sich jede Genossenschaft für die wichtigste und allein dazu berufen, die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt umzugestalten. Nun ist zwar im Geschäftsbericht der Baugenossenschaft Festboselde in Leipzig der Wunsch ausgesprochen, daß es mit der Zeit gelingen möge, alle in Leipzig bestehenden gemeinnützigen Baugenossenschaften zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen. Doch wird dies vorerst ein frommer Wunsch bleiben, denn schon bei der Gründung dieser Genossenschaft ist ihren Vätern nahe gesetzt worden, sich einer der bestehenden Genossenschaften anzuschließen. Aber die Väter der Baugenossenschaft Festboselde zeigen die eigene Zielbewußtheit (? Red.) Mitarbeit an der Lösung der Wohnungsfrage dem Anschluß an eine andre Genossenschaft vor. Die Genossenschaft ist am 26. Juni 1911 ins Leben getreten, bis zum 31. Dezember sind 519 Genossen mit 523 Geschäftsanteilen beigetreten. Im neuen Geschäftsjahr sollen sich wieder über 100 Mitglieder aufnehmen haben lassen. Die Baugenossenschaft hat ein Areal an der verlängerten Oststraße in L-Reudnitz mit einem Flächeninhalt von 28 000 Quadratmetern gekauft. Da die Mittel nicht ausreichten, um aus eigener Kraft die Summe zum Ankauf aufzubringen, wurde eine Großbank zur Herausgabe der Mittel veranlaßt. Es ist geplant worden, 500 Wohnungen auf diesem Areal zu bauen, vorläufig ist mit dem Bau von 16 Häusern mit 161 Wohnungen begonnen worden, die bis zum 1. Oktober bezugsfähig sein sollen. In Geschäftsannteilen sind 41 491 Mf. eingezahlt worden, diese Summe soll sich im neuen Geschäftsjahr wesentlich erhöht haben. Der Reservefonds war bis zum Schluss des Jahres 1911 auf 1503 Mf. angewachsen, das Gewinn- und Verlustkonto schließt mit einem Gewinn von 641,50 Mf. ab. Die Mittel zu zweiten Hypotheken sind aus Schulverschreibungen beschafft worden. Es ist der Genossenschaft gelungen, annähernd 200 000 Mf. in vierprozentigen unkündbaren Schulverschreibungen und einen weiteren namhaften (?) Betrag in viereinhalf Prozentigen Schulverschreibungen unterzubringen. Auch eine Sparkasse ist eingerichtet worden, die Einlagen werden mit 4 Prozent verzinst.

Der Verein Ostheim Leipzig hat am 29. März seine Generalversammlung abgehalten. Dort wurde berichtet, daß am 1. Januar 1912 im Ostheim 324 Familien wohnten mit zusammen 1968 Personen. Der Verein hat zum Zweck der Erbauung billiger gelunder Wohnungen zur Vermietung an Minderbemittelte, sowie die Förderung anderer hiermit in Beziehung stehender gemeinnütziger Betriebsungen. Als Genossenschaft im eigentlichen Sinne kann dieser Verein nicht angeprochen werden. Die Mitgliedschaft wird erworben auf Zeit durch Zahlung eines Jahresbeitrags von mindestens 20 Mf. oder Lebenslanglich durch Schenkung eines Kapitals von mindestens 1000 Mf. oder durch Gewährung eines, seitens des Darlehens unkündbaren, von dem Verein amortisierbaren Darlehens von mindestens 2000 Mf.

Hatte dieser Verein anfangs einen großen Zulauf, so ließ dieser besonders im Vorjahr nach, als die Wohnungspreise durchschnittlich um 50 Pfsg. pro Woche erhöht wurden. Die gesamten Einnahmen betrugen im Jahre 1911 insl. 1365 Mf. Mitgliederbeiträgen 83 736,47 Mf. oder 4220,84 Mark mehr als 1910. Die Betriebsausgaben, Hypotheken- und Schuldzinsen betragen insgesamt 78 038,55 Mf. oder 92,31 Mf. mehr als 1910. Den Mitgliedern können 3 Prozent Zinsen auf ihre Darlehen gewährt werden. Es verbleibt dann ein Betrag von 5607,92 Mf. der für sehr notwendige Reparaturen und Erneuerungen auf Reservefondskonto zurückgestellt werden muß.

An Spargeldern sind von den Mietern im Jahre 1911 insgesamt 9823,50 Mf. eingezahlt, dagegen 11 200,44 Mf. abgehoben worden; das Sparfassenguthaben bei der Deutschen Bank, Filiale Leipzig, betrug am 31. Dezember 1911 insl. 4 Prozent Zinsen insgesamt 11 362,25 Mf.

## Warnung vor Kapitalabsindungen für Unfallrenten.

Ein beliebtes Mittel, sich von der Zahlung laufender Renten zu befreien, ist für viele Berufsgenossenschaften die Gewährung einer „Kapitalabsindung“. Nach dem noch geltenden Rechte ist sie für Renten bis zur Höhe von 15 Prozent zulässig. Wenn es irgend angeht, wird von den Berufsgenossenschaften versucht, die Renten bis zu dieser Höhe überhaupt zu befreien. Dieses Bestreben findet in der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes, die seit einigen Jahren erhebliche Verleugnungen als durch „Gewöhnung“ ausgeschlossen betrachtet, eine wirkliche Stütze. Trotzdem bleiben noch immer eine Anzahl Renten geringerer Höhe bestehen. War schon früher bei den Berufsgenossenschaften das Bestreben stark ausgeprägt, keine Renten, die sich durch die ungünstigste Rechtsprechung nicht befreien lassen, durch Zahlung einer Absindungssumme aus der Welt zu schaffen, so ist es augenblicklich, vor dem

Unterstehen der Reichsversicherungsordnung noch verstärkt worden. Uns sind in der letzten Zeit von mehreren Berufsgenossenschaften Fälle bekannt geworden, in denen versucht worden ist, wenn die Rentenentziehung nicht durchzusetzen war, den Verleuten zur Annahme einer Absindungssumme zu bewegen. Wie sollen sich die Verleuten hierzu stellen? Es liegt auf der Hand, daß eine für alle Fälle vorteilhafte Regel hierfür nicht aufgestellt werden kann. Die Mehrzahl der Verleuten sind arme Schinder, die nur allzu leicht bereit sind, für eine in ihren Augen bedeutende Summe auf ihre Rechte zu verzichten. Sehr oft ist ihnen hiermit aber nicht geglückt; gewöhnlich liegt die Absindung mehr im Interesse der Berufsgenossenschaften als in dem der Verleuten. Die Beträge, die als Absindungssummen geboten und gezahlt werden, sind sehr gering, übersteigen den jährlichen Jahresbetrag der Rente selten, bleiben aber oft auf den dreifachen Betrag beschränkt. Da Renten bis zu 15 Prozent, die für die Absindung allein in Frage kommen, selten 120 Mf. jährlich übersteigen, oft aber weit darunter bleiben, so werden auch in der gewöhnlichen Unfallversicherung fast immer nur Absindungssummen von 250–400 Mf. gezahlt. Die Fälle, in denen die Absindung sich hierüber erhebt, sind recht selten. Für die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften sind die Absindungssummen noch weit geringer. So verlockend auch für einen Menschen, der von der Hand in den Mund lebt, der Preis einer Summe von einigen hundert Mark ist, so kann doch im allgemeinen nur geraten werden, sich nicht auf Absindung einzulassen. Anfangen kann der Verleute mit der geringen Summe gewöhnlich nichts. Er gibt sie entweder in kurzer Zeit aus oder er macht, was nicht selten geschieht, mit ihm den Versuch, sich zum „Selbständigen“ zu machen, wobei er natürlich sehr oft Schiffbruch leidet. Das Ende ist also in vielen Fällen, daß der Verleute statt einer wenn auch geringen laufenden Unterstützung für seine Erwerbsbeschränkung nichts mehr hat. Ganz besonders muß aber darauf hingewiesen werden, daß mit der Annahme der Absindung jeder Anspruch des Verleuten bestellt ist, auch wenn später eine erhebliche Verschämmerung in den Unfallfolgen eintreten sollte. Muß schon im allgemeinen von der Absindung abgeraten werden, so kann in allen Fällen, in denen auch nur die geringste Möglichkeit einer Verschämmerung in dem Zustand des Verleuten besteht, nicht genug vor der Absindung gewarnt werden. In allen Fällen halte ich aber jeder vor Auge, daß die Absindung immer mehr im Interesse der Berufsgenossenschaft als in dem des Verleuten liegt. Die Berufsgenossenschaften zahlen keine Absindung, wenn sie nicht die Absicht haben, sich damit von einer größeren Verpflichtung zu befreien. Auf ihre Veranlassung war daher auch in den ersten Entwurf der Reichsversicherungsordnung die Bestimmung gekommen, nach der die Verleuten mit Renten bis zu 20 Prozent auch gegen ihren Willen durch Kapitalzahlung hätten abfinden müssen. Das ist nicht Gesetz geworden, sondern nur der Prozentsatz, bis zu dem eine Absindung überhaupt zulässig ist, ist von 15 auf 20 Prozent erhöht. Die Zustimmung des Verleuten ist aber nach wie vor erforderlich.

## Das illegale Geschäft.

Das Aeroplangebächt geht schlecht. Die vor wenigen Tagen in Berlin eröffnete Ausstellung ist der beste Beweis dafür. Noch mehr als bei der Eröffnung gehaltenen Reden und Topte. National-Aeroplanspende heißt der neuere Nummern, den die Aeroplansabteilung gründlich notwendig braucht. Seltens ist wohl die Jagd um Patente, die Nut auf den Konkurrenten und die hochkapitalistische Ausbeutung derer, die Hals und Kopf an die Kunst — hier die Fliegkunst — legen, so klar und scharf ausgeprägt erkennbar gewesen, wie in der deutschen Flugzeugindustrie. Die französische ist um kein Haar besser! Im Jahre 1911 sind fast rund eine Million Mark Preise ausgestoßen worden, mindestens die Hälfte haben die Flugzeugfabriken eingeholt, die heute fast ausschließlich die Militärbehörde allein als Bestellern und Abnehmerin von Flugzeugen haben. Hier liegt der Stillstand dieser eminentesten Kulturarbeit begründet — alles soll militärisch ausgenutzt werden und für Kriegszwecke eingerichtet sein. Die Zeppelinbaugesellschaft mit ihren 4,5 Millionen Mark Kapital und ihren vier ruinierten Luftschiffen mußte dies ebenso einschauen wie die Paravagabesellschaft, die die Schiffe unstarke Systems produziert. Der Militarismus absorbiert die Kultur! Und der treue und sichtbare Helferhelfer dazu ist der Kapitalismus! Siemens-Schuckert, Schütte-Lanz, A.C.G., alle bauen sie jetzt Zufüllsche oder Aeroplane, alle verputzten Millionen, um doppelt so viel zu verdienen. Und nun die eigentlich Flugzeugfabriken. Da ist die Albatros-G. m. b. H., ihr Grundkapital beträgt 50000 Mf., ihre Hauptabnehmerin ist die Armeeverwaltung. Die Automobil- und Aviatik A. G. Mühlhausen, ebenso die Deutschen Flugzeugwerke in Leipzig-Lindenholz wurden mit je 100000 Mark gegründet. Dorner baut mit 100000 Mark ebenfalls Aeroplane, ebenso Grade. Eines der größten Werke ist Euler-Frankfurt. Die Flugmaschinen-G. m. b. H. Wright besitzt heute 800000 Mf. 200000 Mf. erhielten die Brüder Wright für die Einbringung der Patente, 200000 Mark dazu noch in Geschäftsbilanzen, 200000 Mf. blieben zur Fabrikation von Wrightapparaten übrig, niemand will mehr derselben Apparate kaufen, weil durch sie in letzter Zeit eine ganze Anzahl schwerer Unglücksfälle entstanden sind. Die Flugwerke Hæselin arbeiten mit einem Kapital von 100000 Mf. Dann existieren noch die Harlanwerke, Gustav Sulzle produziert in Burg, die Rumpf-G. m. b. H. arbeitet mit 250000 Mf., die Lustverkehrsgesellschaft mit 1,5 Millionen. Sie betreibt auch die Reklamefahrt mit Paravallflugschiffen. Die Aeroplannmotorindustrie wird zurzeit durch die Argusmotor G. m. b. H., die Daimlermotorwerke und die Neue Automobil-Gesellschaft (A.C.G.) vertreten. Vom Ausland kommt dazu noch die Gnominotorgesellschaft.

All diese Gesellschaften sind, zumeist unter stark industriell-kapitalistischen Momenten gegründet, sofort zu Dividendenlosigkeit verurteilt, wenn sie nicht den Bedürfnissen der Abnehmer entsprechen. Der Hauptabnehmer, ganz sogar fast der einzige Abnehmer überhaupt, ist die Militärverwaltung. Dadurch muß die ganze Flugzeugproduktion notwendigerweise in ein kulturschlosses Fabrikwasser geraten. Ein Aeroplant soll in erster Linie ein Verlebensmittel, ein Mittel zur Erleichterung der Verbindung der Menschen untereinander sein. Das ist er bis heute noch nicht geworden, und wird es, wenn die Entwicklung in der bisherigen Richtung weitergeht, auch schwerlich werden. Schuld daran ist der Bluttaumel und der Dividendenhunger, dem stürzende Flieger — Geschäftsunken sind.

So sieht die Bedeutung der Flugzeuge heute aus, so wird die Erzeugungsfahrt betrachtet, auf die die Menschen seit Jahrtausenden gehofft haben!

**Meteor?** Einer unserer Leser schreibt uns: In verschiedenen Blättern wird über eine meteorologische Himmelerscheinung berichtet, die am 1. Osterfeiertage abends 7 Uhr 10 Minuten bei Tageshelle beobachtet worden ist. Auch ich habe diese merkwürdige Erscheinung gesehen. Ob die Bezeichnung „Meteor“ darauf paßt, ist mir zweifelhaft. Ich befand mich in den Abendstunden des 1. Feiertages auf einer Wanderung durch den Lockwitzgrund abwärts zwischen Hirschbach und Riesch, ungefähr 200 Schritte von der sogenannten Teufelsmühle entfernt. Einsam schritt ich durch das enge, zu beiden Seiten bewaldete Tal dahin. Da erblickte ich, wohlgerne bei völliger Tageshelle, über dem Tale eine kegelförmige, nach hinten zu einer schwangartigen Spitze ausgezogene, im phosphoreszierenden hellgrünen Lichter erstrahlende Erscheinung. In horizontal schwiegender Weise bewegte sie sich der anderen Seite des Tales zu und verschwand über dem Walde. Ich

bemerke ausdrücklich, daß es sich um kein sternschnuppenartiges Aufblitzen und Verschwinden handelt, sondern daß ich mindestens 4–5 Sekunden der schwelenden Erscheinung folgen konnte. Die Zeit stimmt mit den anderen Beobachtungen völlig überein. Meine Taschenuhr zeigte auf 7 Uhr 10 Minuten.

Das Leipziger Krematorium im Jahre 1911. Die Einäscherungen im Leipziger Krematorium haben im Jahre 1911 gegen das Jahr 1910 (das erste Betriebsjahr) ganz bedeutend zugenommen. Die Ergebnisse in den einzelnen Monaten sind folgende (die entsprechenden Ziffern von 1910 sind in Klammern beigefügt). Es wurden eingetragen im

Januar	insges. 66 Leichen (18), davon aus Leipzig 31 (12)
Februar	" 55 " (32), " " " 24 (18)
März	" 81 " (38), " " " 43 (20)
April	" 66 " (46), " " " 28 (28)
Mai	" 71 " (48), " " " 35 (30)
Juni	" 80 " (38), " " " 43 (24)
Juli	" 71 " (39), " " " 33 (28)
August	" 81 " (45), " " " 40 (33)
September	" 73 " (39), " " " 37 (26)
Oktober	" 83 " (38), " " " 46 (27)
November	" 79 " (46), " " " 39 (29)
Dezember	" 98 " (58), " " " 49 (37)

Es fanden demnach im Jahre 1911 im Durchschnitt etwa 75 Verbrennungen auf den Monat gegen 40 im Jahre 1910. Was Leipzig und seine Vororte angeht, so hört sich die Durchschnittszahl der monatlichen Verbrennungen von 25 im Jahre 1910 auf 38 im vergangenen Jahre. Zu bemerken ist, daß Preußen an dem Gesamtergebnis der hiesigen Einäscherungsanstalt mit ausschlaggebend ist. Im Jahre 1910 entfielen auf Preußen rund gerechnet 100 Kremationen; im Jahre 1911 rund 100. Da außerordentliche Weise hat sich das Zahlenverhältnis in Bezug auf das Glaubensbekennnis der Eingeschädigten verschoben. Im Jahre 1910 g. V. befanden sich unter den Eingeschädigten nur 4 Juden und 4 Katholiken; im vergangenen Jahre dagegen zählte man 36 Juden und 20 Katholiken, die zur Kremation kamen.

Das Erbbauamt und die Gartenstadt Leipzig-Marienbrunn. Die Vorlage des Erbbauvertrages mit der Gartenstadt Marienbrunn an die Stadtverordneten steht bevor, nachdem der Rat der Stadt Leipzig dem Vertrag zugestimmt hat. Professor Dr. Emanuel Müller i. W. hält am Freitag, den 12. April, abends 8½ Uhr im Saale der Alten Handelsbörse am Naschmarkt einen Vortrag über diesen Gegenstand. Der Eintritt ist frei, auch freie Aussprache ist vorgesehen.

**Berichtigung.** In dem Artikel über Dr. Plachmann in der Sonnabendnummer ist vom verstorbenen Genossen Grellmann die Rede. Dazu wird uns mitgeteilt, daß Genosse Grellmann noch lebt.

**Mordes.** Am 1. April d. J. vormittags ½ Uhr, wurde auf der Bahnstrecke Düsseldorf-Düsseldorf die Leiche eines neu geborenen Mädchens mit einer frischen Schnittwunde am Halse aufgefunden. Die kleine Leiche war in eine blau-weiße gestreifte Schürze eingehüllt. Ganz wahrscheinlich ist das Kind während der Bahnfahrt geboren und getötet worden. Im Verdacht kommen nur Personen, die in der betreffenden Nacht auf der Bahnstrecke gefahren sind. Etwaige Wahrnehmungen können der hiesigen Kriminalpolizei mitgeteilt werden.

**Unfall auf dem Neptunplatz.** Auf dem Neptunplatz wurde ein 28-jähriger Arbeiter von mehreren umstehenden Zellen einer Bude getroffen. Der Verunglückte erlitt eine Knieverrenkung, auch klagte er über Brustschmerzen. Er mußte in das Krankenhaus gebracht werden.

Einen Selbstmordversuch machte eine 18jährige Arbeiterin aus der Dresdner Straße in Silling, indem sie in den Teich des Silinger Parks sprang. Einem zu Besuch hier weilenden Ehepaar aus Berlin-Tempelhof gelang es, mit Hilfe des Parkwärters das Mädchen zwar bestimmtlos, aber noch lebend aus dem Wasser zu ziehen, worauf die Überführung der Getöteten in das Krankenhaus erfolgte. Warum sich das Mädchen das Leben hat nehmen wollen, ist nicht bekannt.

In Herzberg verstarb in der Haushalt des Grundstücks Neudörfer Straße 6 der 37 Jahre alte Schlosser Albin Schausch. Der Verstorbene wurde in das Institut für gerichtliche Medizin übergeleitet.

Bermuth wird seit dem 6. April der 84 Jahre alte Markthelfer Hermann Apelt aus Minkow bei Reichenbach in der Pöhlstraße wohnte. Die Angehörigen befürchten, daß er bald an sich gelegt hat. Apelt ist mittelgroß, untersetzt, hat schwarzes Haar, hervortretende Hodenknochen und starke, schwarze Schnurrbart. Er trägt einen lassigen braunen Jackettanzug, dunklen Nebenzieher und schwarzen Hut.

Durchgegangene Pferde. In der Möllauer Straße in L.-Anger-Tiefendorf gingen gestern vormittag die aufsichtlos stehen gelassenen Pferde des Fuhrwerks eines Fuhrhändlers durch. Die Tiere rannten mit dem Wagen in der Zweinaudorfer Straße an ein bestehendes Fuhrwerk an, so daß zwei Räder des letzteren verbrannten und 32 Scheiben zerbrochen wurden. Nachher erfolgte ein Zusammenprall mit einem Straßenbahnenwagen. Dessen Vorberwerker wurde so beschädigt, daß der Wagen außer Betrieb gestellt werden mußte. Menschen sind nicht verletzt worden.

Ein Schuhstöckhiner, der jedenfalls umherirrt, hat bei der Zentralanstalt der ungarischen Handelsbank in Pest mit einem, wie sich später herausstellte, gefälschten Schein auf die Filiale der Petersburger internationalen Handelsbank in Buda 5000 Kronen erobert. Die Quittung vollzog er in rumänischer Schrift. Der Mann sprach russisch und sah gebrochen deutsch. Er war etwa 30 bis 35 Jahre alt, untersetzt, hatte breites, eckiges, braunes Gesicht, etwas aufgedrehten Schnurrbart und dicke Augenbrauen.

**Delinquenter Betrüger.** Unter Angabe eines falschen Namens nahm ein 34jähriger Kaufmann aus Budapest die Hilfe eines hiesigen Arztes in Anspruch. Als die Schule bei dem Arzt äußerst hoch angewachsen war, verschwand der Betrüger von hier. Die Spur führte nach Dresden, wo er auf Veranlassung der hiesigen Kriminalpolizei verhaftet worden ist.

**Jungen gesucht.** Einen nichtswürdigen Streich verübte am 13. August v. J. ein jetzt erst ermittelter Mensch, indem er eine an der Ecke Beaumont- und Fabrikstraße aufgestellte lustschaukel mit einer sogenannten amerikanischen Schleuder beschädigte und dadurch nicht nur die Schiffe der Schaukel beschädigte, sondern auch eine Frau, die sich mit ihren beiden Kindern dort befand, an der Wangen blutig verletzte. Der Täter, ein 28jähriger Schmied aus Görlitz, ist zur Verantwortung gezogen worden. Die damals verletzte Frau soll sich bei der Kriminalpolizei m

von seinem eignen Geschirr überfahren wurde in der Tauschaer Straße der 24 Jahre alte Geschirrführer Max Lorenz aus Roßlau. Der Verunglückte musste in das Krankenhaus gefahren werden.

Diesjährige Einwölfjähriger Dachshund, schwarz mit rostbraunen Flecken, wurde aus der Hundeausstellung in der Festhalle der Stettiner Brauerei getötet.

In der Schenkenstraße ist einem Hund das Halsband mit dem Steuerjährling 2007/12, sowie der Maulkorb abgenommen worden.

Jahre die Diebstähle an Fahrrädern sind wieder in den letzten Wochen in den Straßen und in Häusern unserer Stadt verübt worden. Immer waren die Räder ohne jede Vorsichtsmaske stehen gelassen worden. Es wird dringend empfohlen, Fahrräder nie ohne Achtung stehen zu lassen, ob sie doch wenigstens so zu sichern, daß das Fahren unmöglich ist.

Gestohlen wurde im Preußenhäuschen aus einer Wirtschaft ein schwarzer Winterüberzieher mit schwarz- und rotgestreiftem Käppchen, in der Grenzstraße ein vierzädriger Leiterhandwagen ohne Antrieb und aus einem Grundstück in der Inselstraße ein verschlossener Kasten mit Zimmermannshandwerkzeug.

Aus einem Neubau an der Kaiser-Augusta-Straße wurde ein 15 cm breiter und 30 cm hoher Lederkoffer eines Magnetapparates im Werte von 150 M. gestohlen; am 8. d. Mo. ist aus einer Wohnung der Kernstraße in L.-Rödern ein Briefmarken-Album mit rotem Einband und mehreren Tausend ausländischen Briefmarken im Werte von 1000 M. entwendet worden.

Verhaftungen. Mit unstilllichen Redensarten belästigte ein 19 Jahre alter Zimmermann aus Reichenburg in der Nordstraße mehrere Frauen und Mädchen. Der dreiste Unschuld überredete auf einen herbeigeführten Mann los. Es erfolgte seine Festnahme.

An der Thomaskirche stiegen zwei Diebe, ein 21 Jahre alter Metallarbeiter und ein 17jähriger Viehhändler, in eine Wohnung und stahlen daraus eine Kassette. Die Diebe sind verhaftet worden. Die Kassette haben die beiden ins Wasser geworfen, da sie das erhaschte Geld nicht enthalten hat.

## Aus der Partei.

### Zur Stunde der Wahrheit.

Aus Stuttgart schreibt man uns: Reichstags- und Landtagsabgeordneter Wilhelm Keil - Stuttgart veröffentlich in mehreren Parteiblättern, die über die Stuttgarter Parteiveranstaltung vom 28. März des Jahres berichteten, eine „Zurückweisung“ der Kritik, die in der Versammlung von sechs Delegierten an der politischen Mitarbeiter Wilhelm Keils an einem bürgerschen Verein und den von diesem Bureau bebauten bürgerlichen Blättern geübt wurden. Keil spricht von „infamer Verleumdung“, von „grober Unwahrheit, die ihr Urheber wider bestes Wissen verbreite“.

Die Schmähungen, mit denen Genosse Keil gegen seine Kritiker arbeitet, lösen wir beiseite. Der beispiellos dreiste Versuch Wilhelm Keils jedoch, längst feststehende Tatsachen vor der gesamten Parteigenossenschaft Deutschland und Gegenent zu verfehlern, bringt dazu, den „freien Wein“, den Genosse Wilhelm Keil leider nur den „Unsanzen“ einschänkt will, der Parteigenossenschaft zu kreiden.

Im Februar dieses Jahres stellte der bürgerliche Neue Tagblatt in Stuttgart in einer Polemik gegen die Schwäbische Tagwacht die Behauptung auf:

Die Redaktion der Tagwacht muß wissen, daß es sogar in Württemberg bekannte Mitglieder der Sozialdemokratie gibt, die sich durchaus nicht genieren, für bürgerliche Blätter — wenn auch indirekt — zu arbeiten und dafür das gut bürgerliche Honorar in die Tasche zu stelen. Warum geht die Tagwacht in dieser Tatsache schweigend vorüber? Nähertes könnte sie erfahren bei der freudigen Tagwacht-Redaktion.

Noch alemal langer Pause und sehr energischer Aufruf durch die Göppinger Freie Volkszeitung hat sich Genosse Wilhelm Keil endlich bewogen, auf die Aufzählung des bürgerlichen Blattes zu antworten. Er tat das in Nr. 40 der Tagwacht. Die Erklärung des Genossen Wilhelm Keil sei hier vollständig wiedergegeben:

Dunkle Anspielungen. Wie ich aus der schwäbischen Tagwacht vom 14. Februar ersehe, sind in einem bürgerlichen Blatt Andeutungen nach der Richtung gemacht worden, als ob die frühere Tagwacht-Redaktion indirekt an bürgerlichen Blättern mitgearbeitet habe. Für die Genossen Rothmann und Ulrich, die mit mir am 1. Oktober 1911 aus der Tagwacht-Redaktion ausgetreten sind, und für meine Person kann ich erläutern, daß wir nicht Mitarbeiter bürgerlicher Blätter gewesen sind, weder in Fragen allgemein politischer Art, noch in Fragen unserer inneren Parteiarbeit, weder direkt noch indirekt. Es wird mir indessen noch weiter berichtet, daß diese dunklen Andeutungen in Zusammenhang gebracht werden mit der auf Wunsch erfolgenden Rückstellung der Reichstagsparlamentarischen Kommissionen (von denen die Vertreter der Presse ausgeschlossen sind) an Korrespondenzbüros. Es bedarf keiner Vertheidigung, daß die frühere Redaktion der Tagwacht mit diesen Dingen nichts zu tun hat. Um Missverständnissen vorzubeugen, füge ich aber bei, daß nur Universitäts oder höherer Wille unter Bezugnahme auf die Mitteilung der Ergebnisse von Kommissionsberatungen an die Vertreter von Korrespondenzbüros, die von den sozialdemokratischen Abgeordneten nie prinzipiell abgelehnt werden konnte, von der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern reden kann.

Die Göppinger Freie Volkszeitung kommentierte die Erklärung des Genossen Wilhelm Keil u. a. mit folgenden Ausführungen:

Genosse Keil muß schon gestehen, daß wir diese seine Auskunft als durchaus ungünstig bezeichnen müssen. Zunächst sei auf die den Genossen Keil schriftlich nicht unbekannte Tatsache verwiesen, daß die bürgerlichen Korrespondenzbüros nicht nur die Reichstags- und Landtagsabgeordneten in ihrer Regel Verhandlungsbüro bringen, sondern in der Regel Verhandlungsbüro bringen, die nur von einem Mitglied dieser parlamentarischen Kommission verfaßt sein können. Zum andern wird auch Genosse Keil gern zugeben, daß diese Berichte bürgerlicher Korrespondenzbüros dem Gusto bürgerlicher Blätter angepaßt sein müssen und auch sind. Zum dritten wird auch Genosse Keil im Ernst nicht bestreiten wollen, daß derjenige, der einem Vertreter eines solchen Preszbüros solche Berichte für die bürgerliche Presse schreibt oder diktiert, Mitarbeiter bürgerlicher Blätter in politischen Angelegenheiten ist! Am stärksten bestreitet aber an der sonst recht wortreichen Erklärung des Genossen Keil sein absolutes Schweigen über die Honorarfrage. Eine gelegentlich auf Dritten erstellte Auskunft über einen Kommissionsbeschluß pflegt niemand zu honorierten. Die Aufzählung des Korrespondenzbüros lautet aber klipp und klar dahin, daß der betreffende bekannte Sozialdemokrat sich gar nicht geniere, für seine Mitarbeit „das gut bürgerliche Honorar in die Tasche zu stelen.“ — Das ist wahrlich deutlich Honorar in die Tasche zu stelen.“

Das ist wahrlich deutlich genug! Genosse Wilhelm Keil blieb die Antwort auf diese Fragen höchst schuldig. Für ihn sprang der Landtagskollege H. Löffelholz Genosse Keile, 2. Vorsitzender des Metallarbeiterverbands und Landtagsabgeordneter für Stuttgart in die Brüche. Der Reichsgerichtspräsident doch nicht ganz kundig, wurde sein „Rechtsertüchtigungsvertrag“ in Nr. 40 der schwäbischen Tagwacht zum glatten Gesündnis alles dessen, was Genosse Wilhelm Keil mit starken Worten und funktionalen Wendungen zu verhöhnen geträumt hatte.

Mit diesen hier wiedergegebenen Tatsachen vergleiche man die „Zurückweisung“ des Genossen Wilhelm Keil. Das Urteil darüber, wo eigentlich der „infame Verleumder“ sitzt, dürfte damit gegeben sein.

Ein toter Kämpfer. In Konstanz am Bodensee starb am ersten Feiertag der Genossen Malermaler August Krohn an den Folgen einer Magenoperation. Mit dem Genossen Krohn ist einer den alten badischen Kämpfern dahingegangen, der jahrelang die Agitation für das badische Oberland und insbesondere für den ersten badischen Reichstagswahlkreis fast ganz allein geleistet hat.

Krohn Landbibliothek wiederholt für den ersten badischen Kreis zum Reichstag und zum Landtag. Der Tod war in dieser vom Zentrum völlig beherrschten Gegend außerordentlich hart und es bedurfte übermenschlicher Arbeit, um einige geringe Erfolge zu erzielen. Genosse Krohn hat sich dieser Arbeit viele Jahre mit unübertrefflichem Eifer und Pflichtbewußtsein unterzogen und dabei nicht selten auch sein eigenes Geschäft hintergangen. Bei den internationalen Parteitagen, die von Zeit zu Zeit von schweizerischen, österreichischen, deutschen und italienischen Genossen am Bodensee veranstaltet werden, hat Krohn immer die Leitung gehabt, und so ist er auch in der internationalen Partei seine unbekannte Persönlichkeit. Ein treues Angedenken ist ihm sicher. Genosse Krohn hinterläßt eine Witwe mit fünf Kindern.

Ein Schiedsgericht der sozialdemokratischen Partei verhandelte in Solingen unter dem Vorstieg des Genossen Vorsitzenden Kölner über die Berufung des ehemaligen Redakteurs der Bergischen Arbeiterstimme, Gerhard Hildebrand, gegen seinen Ausschluß aus der Partei. Mit 4 gegen 8 Stimmen wurde der Ausschluß Hildebrands bestätigt und zwar hauptsächlich auf Grund seines Buches: Die Erziehung der Industrieherrschaft und des Industriezolosimus, das dem zwingend hervorgeht, daß Hildebrand seit langem nicht mehr auf dem Boden des sozialdemokratischen Parteidoktrins steht.

## Aus der Jugendbewegung.

Eine Konferenz der Jugendauschüsse im Agitationsbezirk Halle (Saale) wurde am Karfreitag in Halle abgehalten. Die Bezirksleitung konnte mitteilen, daß seit der Septemberkonferenz des Vorjahrs sich die Zahl der Ausschüsse im Bezirk von 29 auf 36 vermehrt habe, obwohl die Reichstagswahl alle Kräfte in Anspruch nahm. Die Zahl der Abonnenten der Arbeiterjugend stieg im letzten Halbjahr von 2055 auf 2070. In der Diskussion wies gegenüber den Geschwerden, die aus einzelnen Orten über daß abweisende Verhalten der Arbeitsturnervereine vorgebracht wurden, die Bezirksleitung auf die Vereinbarungen hin, die 1910 zwischen Arbeiterturnerbund und Zentralstelle der arbeitenden Jugend getroffen wurden, und die jetzt angefangen der Wehrkraftswiderstandsgewicht durchgeführt werden müssen. — Der ausführliche Bericht über die Berliner Konferenz der Jugendbezirksleiter rief eine lebhafte Debatte hervor, wobei der Kampf mit den Behörden und die neuen Agitationsvorschläge im Vordergrund standen. Im Anschluß daran wurde einem Antrag der Bezirksleitung zugestimmt, die Jugendzentrale in Berlin zu erfüllen, als solle Douchen auf die patriotisch erichteten Gemüter der Wehrkraftvereinler halbjährlich Schützen mit Zusammenkünften der neuesten Soldatenmischhandlungen und frischen Militärgesetzurteile in Massen gratis verteilen. — Die Bezirksleitung wurde beauftragt, einen zweitägigen praktischen Kursus für Jugend- und Spielleiter zu veranstalten. Beslossen wurde weiter, daß der diesjährige Jugendtag des Bezirks an den beiden Pfingsttagen in Weidenfeld stattfinden soll. Ein Referat über die Arbeiten eines Spiel- und Jugendleiters schloß die Konferenz.

## Letzte Nachrichten u. Depeschen.

Paris, 10. April. Nach einer Information des Matin werden heute die Votschäfer Russlands, Englands, Deutschlands, Frankreichs und Österreich-Ungarns die Friedensvermittlungen bei der Pforte einleiten. Die Frage, die sie an das türkische Auswärtige Amt richten werden, hat ungefähr folgenden Vorlauf: „Wir haben in Rom erfahren, daß die italienische Regierung geneigt ist, die Feindseligkeiten unter gewissen Bedingungen einzustellen und erfüllen daher die türkische Regierung um Auskunft, ob sie auch ihrerseits geneigt ist, Frieden zu schließen und eine Basis anzugeben, auf der Verhandlungen hierüber stattfinden könnten.“ Es ist jedoch fast gewiß, daß dieser erneute Schritt der Mächte ebenfalls erfolglos bleiben wird, da die Pforte seinemfalls die Annexion von Tripolis durch Italien anerkennen wird.

Kempfer, 10. April. Nach einer aus Mexiko eingetroffenen

Meldung sollen die Rebellen unter General Zapata den Regierungstruppen eine weitere schwere Niederlage beigebracht und die Stadt Juárez die Quere erobert haben.

Mexiko, 10. April. Die amerikanischen Lokomotivführer und Schaffner der mexikanischen Bahnen haben zum 18. April den Streik beschlossen. Die Direktoren der Bahnen haben ihre Vorberungen abgeschlossen. Die Hauptforderung war, daß, wie bisher, der ganze Dienstverkehr in beiden Sprachen, englisch und spanisch, stattfinden müsse und daß die Leute keine Prüfung im Spanischen abzulegen hätten.

Wien, 10. April. Die österreichische Zeitung meldet aus Teheran vom 8. d. M.: Die verlaufen soll der Regent beabsichtigen, aus Gesundheitsgründen einen längeren Aufenthalt im Auslande zu nehmen. Es ist wahrscheinlich, daß er abberufen wird, da sich innere Schwierigkeiten und dem Regenten besonders in der hohen Geistlichkeit eine neue Gegnerchaft erstanden ist. — Gegen Salat ed Daulah werden weitere Truppen ausgesandt. Hier glaubt man, daß er von türkischen Grenzstammern unterstützt wird.

Konstantinopel, 10. April. Nachdem in Kreta neuerdings Muselmanen vielfach nach griechischem Gesetz abgeurteilt worden sind, sendte die türkische Regierung eine Protestnote an die Kreishauptmänner, in welcher sie sich gegen die Anwendung des griechischen Gesetzes gegen Muselmanen auf Kreta verwirkt.

## 161. Südliche Landeslotterie.

(Ohne Gewinn.) (Nostro-verboten.)

Ziehung vom 10. April.

Alle Nummern neben denen kein Gewinn steht, sind mit 300 Mark beladen.

10000 auf Nr. 89666 bei Herrn Louis Lösch in Leipzig.

5000 auf Nr. 48591 bei Herrn Felix Fleiß in Leipzig.

5000 auf Nr. 100102 bei Herrn A. Reiß in Dresden.

812 178 771 50 96 780 012 994 589 530 080 585 754 547 300  
98 777 483 588 059 504 518 (2000) 828 1123 (2000) 100 500 (500)  
757 240 649 181 492 52 789 507 540 375 48 700 278 585 182 810  
588 2571 94 225 606 508 081 300 385 830 816 951 404 167 129  
11 218 801 206 (2000) 748 200 106 957 (500) 850 624 498 588 208  
611 400 3408 748 (2000) 749 421 265 010 405 567 488 001 422  
219 856 804 189 225 196 905 450 502 102 782 048 478 401  
901 82 121 109 629 088 (2000) 932 772 185 773 554 298 783 814 902  
5765 917 344 (2000) 874 512 282 604 545 75 0015 173 598  
801 529 821 281 555 501 599 (500) 7180 22 806 461 559 (1000)  
729 218 98 87 881 976 440 146 8421 737 (1000) 747 557 501 688  
008 80 172 411 208 878 588 228 118 408 (500) 747 237 9 971 406  
9750 881 848 98 883 599 728 765 665 908 281 (500) 920 528 518  
108 889 818 703 466

10545 870 448 061 404 808 745 240 999 796 78 054 4 72  
11555 240 489 817 83 148 704 105 044 80 217 513 (1000) 108 145  
492 38 968 901 15 105 189 78 893 12898 582 052 856 898 590  
922 607 520 489 821 002 786 510 717 50 996 687 286 700 487 088  
895 296 18197 818 816 690 921 810 025 558 (1000) 805 (1000)  
85 095 312 783 870 918 1 14520 679 968 801 40 470 752 203 117  
818 821 888 280 106 641 92  
15840 812 214 825 670 441 808 820 741 687 16788 78 40  
872 108 680 385 135 381 106 880 811 501 68 102 22 108 184  
17886 (2000) 966 888 488 828 889 472 872 887 426 285 541 129  
878 568 282 188 854 18202 798 498 909 807 403 21 881 208 555  
88 274 882 19202 558 216 848 907 808 182 146 424 489 757 128  
787 (1000) 32 888 (500) 158

20 085 185 778 68 585 725 487 405 485 506 (500) 006 030 688  
688 518 884 345 481 147 153 21710 (2000) 380 816 948 708 482  
848 714 876 476 748 228 20 741 27 984 900 185 854 777, 744  
25 149 134 22899 640 697 808 806 284 684 741 199 23488 485  
444 (2000) 288 106 898 571 658 218 807 482 752 (1000) 216 78

103737 888 17 590 285 684 497 358 106417 752 15 604 658  
147 907 289 707 790 164 704 284 920 909 14 654 512 200 107422  
78 172 088 618 704 190 (500) 516 558 848 237 (2000) 428 200 125 81  
495 357 106452 351 721 6 (2000) 182 875 579 77 598 828 091  
852 283 124 808 403 (2000) 293 18 780 543 195 025 109079 95  
46 (1000) 31 967 074 177 605 475 585 15 277 464 45 128 161 2-543

Im Süßdosen verbreiteln noch heute beendige Ziehung an größeren Gewinnen: 1 Prämie zu 800000. Gewinne: 1 zu 500000,  
1 zu 200000, 1 zu 150000, 1 zu 100000, 1 zu 50000, 1 zu 40000,  
1 zu 30000, 8 zu 20000, 4 zu 15000, 9 zu 10000, 39 zu 5000,  
421 zu 3000, 485 zu 2000, 946 zu 1000.

In den Fabriken, Werkstätten, Rontoren  
muß jeder Genosse  
neue Leiter für die Volkszeitung werben!

## Aus der Umgebung.

### Kontrollversammlungen.

Zur Teilnahme an den Kontrollversammlungen sind verpflichtet: 1. Die Mannschaften der Reserve aller Waffengattungen einschließlich der Dispositionsbataillone; 2. die Mannschaften der Land- und See-wehr I. Aufgebots. Hieron sind jedoch diejenigen ausgeschlossen, welche gelegentlich der Herbstkontrollversammlungen 1912 zur Land-wehr II. Aufgebots übergeführt werden, d. h. diejenigen, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1900 eingetreten sind sowie auch diejenigen Mannschaften, welche drei Jahre oder länger aktiv gedient haben und in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1902 eingetreten sind; 3. sämtliche nur garnisondienstfähigen Mannschaften der Reserve und Landwehr I. Aufgebots mit Aus-nahme der zeitig anerkannten Invaliden und Rentenempfänger; 4. die zur Disposition der Erprobabordens entlassenen Mannschaften; 5. die Erfahreservisten. Fehlen ohne Entschuldigung hat Bestrafung mit Arrest zur Folge, ebenso das Er scheinen zu einer falschen Kontrollversammlung. Militärpaß einschließlich der Kriegs-beorderungen bezw. Passnotizen sind mit zur Stelle zu bringen; Orden und Ehrenzeichen sind anzulegen. Die Mannschaften haben in einem anständigen, sauberen Anzuge zu erscheinen und Stöße, Schläge und Zigaretten vor dem Antreten wegzulegen. Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß die zu den Kontroll-versammlungen einberufenen Mannschaften des Beurlaubtenstandes aufgabe § 88 B. 1 des Reichs-Militär-Gesetzes für den ganzen Tag, zu welchem sie einberufen sind, zum aktiven Heere gehörten und den Militärgesetzen unterworfen sind.

#### Delitzsch. Im Schützenhaus:

10. April 1912, vormittags 8 Uhr, für die Mannschaften der Reserve der Provinzial-Infanterie aus der Stadt Delitzsch. 10. April 1912, vormittags 10 Uhr, für die Mannschaften der Landwehr I. Aufgebots der Provinzial-Infanterie aus der Stadt Delitzsch. 10. April 1912, vormittags 12 Uhr, für die Mannschaften der Spezialwaffen und Garde aus der Stadt Delitzsch. 20. April 1912, vormittags 8 Uhr, für die Mannschaften der Erfahreserve aus der Stadt Delitzsch.

#### Eilenburg. Im Schützenhaus:

10. April 1912, mittags 12 Uhr, für die Mannschaften der Erfahreserve der Jahrestassen 1896–1911 aus der Stadt Eilenburg. 10. April 1912, nachmittags 8 Uhr, für die Mannschaften der Erfahreserve der Jahrestassen 1896–1905 aus der Stadt Eilenburg. 17. April 1912, vormittags 9½ Uhr, für die Mannschaften der Spezialwaffen aller Jahrestassen aus der Stadt Eilenburg sowie aus den umliegenden ländlichen Ortschaften. 17. April 1912, mittags 12 Uhr, für die Mannschaften der Reserve der Provinzial-Infanterie aus der Stadt Eilenburg. 17. April 1912, nachmittags 3 Uhr, für die Mannschaften der Landwehr-Infanterie aus der Stadt Eilenburg sowie die Mannschaften der Reserve und Landwehr der Provinzial-Infanterie aus den umliegenden ländlichen Ortschaften.

#### Schleuditz.

Am Donnerstag, den 11. April, vormittags 10 Uhr, die Mannschaften der Jahrestassen 1896, 1900 und 1901 (mit Ausnahme derjenigen, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1900 in den Dienst getreten sind) die sämtlichen dauernd und auf Zeit anerkannten Halb- und Ganzinvaliden sowie die zur Disposition der Erfahreservisten und Truppenteile entlassenen bzw. beurlaubten Mannschaften; mittags 12 Uhr die Mannschaften der Jahrestassen 1902, 1903, 1904 und 1905 (mit Ausnahme der vierjährig freiwilligen der Marine, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1902 in den Dienst getreten sind); nachmittags 2 Uhr die Mannschaften der Jahrestassen 1906, 1907, 1908, 1909, 1910 und 1911. Freitag, den 12. April, vormittags 8 Uhr, sämtliche Erfahreservisten.

#### Markranstädt.

Am Sonnabend, den 27. April, im Lokal Gute Quelle und zwar für die Ortschaften: Albersdorf, Groß- und Klein-Döllitz, Frankenheim, Göritz, Göhren, Knautleberg, Knautendorf, Kultwitz, Lausen, Lindenauendorf, Markranstädt, Groß- und Klein-Miltitz, Prießnitz, Quetsch, Rehbach, Rückmarsdorf, Seedenisch. Die Mannschaften mit den Namens-Anfangsbuchstaben A bis F haben sich vormittags 8 Uhr, die mit den Namens-Anfangsbuchstaben G bis K vormittags 9½ Uhr, die mit den Namens-Anfangsbuchstaben L bis R vormittags 11 Uhr, die mit den Namens-Anfangsbuchstaben S bis Z nachmittags 1½ Uhr im oben genannten Lokal einzufinden.

**Dr. Deutscher. Gastwirte und Gewerbeordnung.** Eine für das Schankwirtschaftsgewerbe wichtige Entscheidung hat das sächsische Oberverwaltungsgericht gefällt. Durch Besiegung der zuständigen Amtsgerichtsmaßnahm war die dem Gastwirt Hilbrecht in Neukirch erteilte Erlaubnis zum Schankwirtschaftsbetrieb zurückgenommen worden, weil er wegen Verführung einer minderjährigen Person, die bei ihm als Dienstmädchen in Stellung gewesen, rechtlosig zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war. Gegen die Entziehung der Schanklizenzen legte der Wirt bei der Kreishauptmannschaft Rekurs ein, indem er geltend machte, das Mädchen habe er zwar nur für sein Geschäft gehalten, die Umstände des Falles ließen aber nicht darauf schließen, daß er das Schankgewerbe zur Förderung der Unstiftlichkeit missbrauchen werde. Das Rechtsmittel blieb ohne Erfolg. Nach Ansicht der Kreishauptmannschaft steht die Handlungswelt des Rekurrenten zwar in seinem unmittelbaren Zusammenhang mit der Ausübung der Schankwirtschaft, rechtfertigt aber gleichwohl die Annahme, daß Rekurrent sein Gewerbe zur Förderung der Unstiftlichkeit missbraucht. In der hiergegen erhobenen Anfechtungslage wurde ausgeführt, der Vorfall berühre die Gewerbeausübung überhaupt nicht, das Mädchen sei weder Gewerbschaffin, noch habe es zu den Gasten gehört. Die Schankeraublaube dürfe nur beim Vorliegen von Tatsachen entzogen werden, die die Annahme rechtfertigen, der Kläger werde sein Gewerbe zur Förderung der Unstiftlichkeit missbrauchen. Diesen rechtlichen Gesichtspunkt habe die Vorinstanz völlig verkannt. Das Oberverwaltungsgericht hat die Anfechtungslage losknüpflich abgewiesen. Für die Entziehung der Konzession wie für ihre Verbargung genüge ein gewisses Maß persönlicher Bescholtenheit und Unzuverlässigkeit überhaupt, nur müsse es geeignet sein, eine der in § 33, Ab. 2 Biff. 1 der Gewerbeordnung aufgeführten Annahmen zu rechtfertigen. Ein Schluss auf einen Mangel der dort bezeichneten Eigenschaften aber könne recht wohl auch aus Handlungen und Unterlassungen des Erlaubnisinhabers gezogen werden, die außerhalb seines Gewerbebetriebes liegen oder mit ihm nicht unmittelbar zusammenhängen. Im übrigen handle es sich hier um einen unsittlichen Angriff gegen eine weibliche Dienstperson, die der Kläger nur für sein Geschäft brauchte. Indem er ein 14jähriges, unbefestetes Kind in geschlechtlichen Dingen als in hohem Maße unzuverlässig erwiesen, so daß die Verführung ausreichend begründet sei, der Kläger, der übrigens sich ein zweites Mal an dem Mädchen vergangen habe, werde bei sich darüber hinausgehend sein Schankgewerbe zur Förderung der Unstiftlichkeit missbrauchen. Eine solche Verbargung genüge aber zur Entziehung der Schankeraublaube.

**Brauns.** In der letzten Sitzung des Stadtgemeinderates bestätigte der Bürgermeister, daß eine Revision der Stadt- und Sparkasse durch den Finanzausschuss stattgefunden habe; es sei alles in Ordnung befunden worden. — Die Ausarbeitung einer Vorlage, sowie die Sitzung der Öfferten betreffend Versicherung gegen Ein-

bruchsdiebstahl wird dem Finanzausschuss überwiesen. — Die Rechnungen über die Schul- und Parochialkasse, sowie des Verbandes gegen Haushalte haben geklärt und werden richtiggeprochen. Stadtverordneter Dietel fragte an, wie man zu fünftstelligen Pfennigbruchteilen bei der Berechnung komme, eine wirkliche Prüfung werde dadurch sehr er schwert. Der Bürgermeister gibt zu, daß die Rechnungsmethode eine schwierige ist. — Der Bürgermeister hat gegen die Verlegung der Kontrollversammlungen nach Nächtern Einspruch erhoben. Der Stadtgemeinderat schließt sich dem an und beantragt den Bürgermeister, bei den zuständigen Stellen vorstellig zu werden. Recht eigentlich muß es berührten, wenn die Militärbehörde sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert erwies, wie es nach der vorliegenden Antwort dieser Behörde den Anschein erwies. Es heißt da: In Brandis sei das in Betracht kommende Lokal zu klein — daß außer dem Ratskeller noch einige andere größere Säle in Brandis vorhanden sind und der Militärbehörde auch nicht verwöhnen werden, schent man nicht zu wissen. — Die Militärbehörde setzt sich so mangelhaft informiert

# STADTGESPRÄCH

ist die famose, sparsame

## IMMALIN-SCHUHCREME

und die aparte, wertvolle

### Gratis-Schuhpolierbürste.

Die Wirkung von Immalin ist einzig. Dünn wie ein Hauch aufgetragen, wird der Schuh wasserdicht, tiefschwarz und hochglänzend. **Sparsam im Gebrauch.**  
**Olänzende Wirkung.** Ausserdem **gratis** u. **franko** erhält jeder Verbraucher von **Immalin** gegen Einsendung (Drucksache) von gesammelten 12 roten oder 20 grünen Gutscheinen von darauf vermerkter Versandstelle eine elegante Schuhpolierbürste. In ca. 3000 Geschäften Leipzigs zu besichtigen. Immalin ohne Gutscheine weise man ausdrücklich zurück.

Alleinige Fabrikanten: Chem. Fabrik Eisendorf, G. m. b. H., Mettmann.



**Betriebs-Eröffnung.**  
 Zeige meiner werten Nachbarschaft, Freunden und Bekannten hierdurch, ergeben an, daß ich heute den selbständigen Betrieb meiner  
**Schuhmacherei**

eröffne. Um größte Unterstützung bittend, zeichnet  
**P. Friemel**, Schuhmacher.

**Urin -** Untersuchungen zur Erkennung von Krankheiten.  
**Laboratorium Timmier, Altenburg 5-4.**  
 Marstallstr. 1. Sprechzeit tägl. 10-1 Uhr, am Sonnt. 5-7 Uhr gratis. Man verlange gratis ein Urin-Versagens. Sprechzeit in Leipzig, Grimmaische Str. 13 (Passage), jed. Dienstag u. Freitag 5-7 Uhr nachm. Man bringt und sendet 1 Flasche. Morg.-Urin.

## Bericht über den Schlachtwiehmark

auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig am 9. April 1912.

a) Auftrieb:  
 261 Rinder u. zwar 86 Ochsen, 40 Kühe, 7 Kalben, 127 Lämbe, 1 Preller, 104 Rößler, 420 Schafe; 1104 Schweine; zusammen 1880 Tiere.  
 b) Marktpreise für 50 kg im Markt:

Tiergruppe	Bezeichnung	Lebendgewicht	Edelvieh	Gewicht
Ochsen	1. vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerts bis zu 6 Jahren 2. junge, fleischige, nicht ausgemästete, — ältere ausgemästete 3. mäßig genährt junge, gut genährt ältere 4. gering genährt jeden Alters	— 01-08 — 03-09 — 04-02 — 05-03 — 06-04 — 07-05 — 08-03 — 09-02	— 01-08 — 03-09 — 04-02 — 05-03 — 06-04 — 07-05 — 08-03 — 09-02	— 01-08 — 03-09 — 04-02 — 05-03 — 06-04 — 07-05 — 08-03 — 09-02
Kühen	1. vollfleischige ausgewachsene, höchsten Schlachtwerts 2. vollfleischige jüngere 3. mäßig genährt jüngere und gut genährt ältere 4. gering genährt	— 06-30 — 07-32 — 08-35 — 09-32 — 10-32 — 11-32 — 12-32	— 06-30 — 07-32 — 08-35 — 09-32 — 10-32 — 11-32 — 12-32	— 06-30 — 07-32 — 08-35 — 09-32 — 10-32 — 11-32 — 12-32
Kalben	1. vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren 2. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren 3. ältere ausgemästete Kühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben 4. gut genährt Kühe und mäßig genährt Kalben 5. mäßig u. gering genährt Kühe u. gering genährt Kalben	— 08-88 — 09-82 — 10-73 — 11-64 — 12-58	— 08-88 — 09-82 — 10-73 — 11-64 — 12-58	— 08-88 — 09-82 — 10-73 — 11-64 — 12-58
Preller	gering genährt zu einem Jahre	—	—	—
Rößler	1. Doppellender 2. best. Mast- und Sangkälber 3. mittlere Mast- und gute Sangkälber 4. geringe Kälber	—	—	—
Schafe	1. Mastlämmen und jüngere Masthammeln 2. ältere Masthammeln 3. mäßiggenährte Hammel und Schafe (Wetzschaf)	—	—	—
Schweine	1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1½ Jahr 2. Ferkelschweine 3. fleischige 4. gering entwickelte 5. Sauen und Eber	— 00-025-77 — 01-027-77 — 02-027-74 — 03-027-72 — 04-027-70	— 00-025-77 — 01-027-77 — 02-027-74 — 03-027-72 — 04-027-70	— 00-025-77 — 01-027-77 — 02-027-74 — 03-027-72 — 04-027-70

c) Überstand: Rinder 1, davon Ochsen —, Kühe —, Kalben —, Rößler 3, Schafe —, Schweine 30.

d) Geschäftsgang: Rinder mittel, Rößler mittel, Schafe mittel, Schweine gut.

Eigene solide Fabrikate von **Sohil - Ranzen**, -Taschen, -Mappen sowie sämtl. Lederwaren empf. in großer Auswahl und solider Ausführung [1912]

**Mur Hainstr. 21**  
 Durchgang n. d. Gr. Fleischerg.  
**Heute u. morgen**  
**16 Kälber frisch. Schlachtung**  
**Vfb. 70-90 Vpf.**

**Inserate** müssen an die Expedition, nicht aber an die Redaktion gerichtet werden.

## kleiner Anzeiger

### Vermietungen

#### Zentrum.

1 Wohnung, 350 M., weg. Fortzug 1. Mol zu verm. Zu erf. \* Speisewirtschaft. Tauch. Str. 15b.

Ruhig u. ungeniert gelegenes möbl. Zimmer Nähe Sportplatz oder Germaniabad gef. Off. mit. P. 9 an d. Exp. 500.

#### Osten.

Dresden. Str. 49, II., Gottschalk, heller Sitzplatz für Schneider.

#### Westen.

**L.-Kleinzschocher.** Ringstr. 31, I., zwei Wohn. per 1. Juli zu verm. Röh. bei Schleife das. II. oder Frau Lindner, König-Joh.-Str. 11, II.

Kl. Logis, 260 M., j. 1. 5., leere jep. St. mit. 9 M., los. zu v. m. Zu erf. St. Kurellstr. 32, p.

II. Albertinerstr. 61b, IV. I., Schlafliste für Hrn. ob. Perl. Lind, Uhlandstr. 20, II. I., Schlafliste zu vermieten.

Pl. od. Li. frdl. Wohn., 350 M. Off. Li. Guismuthstr. 47, II. M.

### Verhäuser

**Schuhmacherei** passend für Anfänger ob. als Filiale billig zu verkaufen. Off. u. F. 400 fl. Lindenau.

**Möbel** kompl. Einrichtungen liefern zu billigen Preisen auch gegen Teilzahlung. Humboldtstr. 18 Krause Telefon 5370. \*

Ripottom. neu 28, Plüschorso 40 M. neu. Liebigstr. 9, G. r. \*

Möbel, n. u. g. r., Sofas, Sp. b. N. Mockau, Bolzbergstr. 81, I. Küch. Einr. 40, a. einz. 1. bil., Röd. 18, Schr. 40, Schr. b. Röd. 20, St. 4, Sü. 2, Was. m. Gew. Bitt. 17. Lin. St. 45. p.

Mein altes Bettanliege 10 Monatsgärtnerobenhaus wo man a. best. u. reell. bedient w. befindet sich jetzt Vo. Arch. Str. 80 u. Thummelstr. 1. Kummer. Die feinsten Anzüge u. Pantzotz, die neu bis 100 M. gekostet hab. jetzt 8 bis 20 M. Einzelne Pantzotz u. Hosen sowie Gelehrtsanzüge auch sehr billig. Damengard. & Schleuderpreis.

### Sie kaufen

nur von feinsten Ravalieren, Studenten wenig getragene, zum Teil auf Seide gearb. engl. Stoffe

### Anzüge und Paletots

die neu bis 100 M. ge- kostet haben, für \*

8, 12, 15, 18 M.

Frad. u. Gehrod. Anzüge auch leihweise.

### Kanner

Querstr. 32, I. Ede Schützenstraße.

### Damen

Monatsgarderobe

Wöchterstr. 24, II. ein Laden neue u. getr. eleg. Straßen- u. Ballkleider, Rossmode, Blumen, Mäntel, Röde, Jackets, Schw. u. farbig, sowie Gelehrtsanzüge oder Art spottbillig. \*

### Uhren

Die feinsten Dam. u. Herren-

Uhren, Zeit. Ringe, Rollers, Armband, fingen. geschmied. Trauringe, Theat. u. Ferngl. Konfirm. u. Meileg. schafft man stämmend billig bei

### Lory

Altes Rathaus, im Durchgang

und Naschmarkt, Laden 18. \*

### All. Schallplatten

Fabrikate 25%, em Dopp. Pl. v. 75 d. an.

Sprech. Spield., Piano.

zu Fabrikpreisen, Gehäuse,

Tricht., Aufwerke, Gespielle

u. Rep. Bill. Preisre. 1180.

Grammophon billig zu verl.

Vo. Ewaldstr. 28, G. Tr. B. p. r.

### Gelegenheitskauf!

Jackett - Anzüge

Gehrod., Frad., Veintleider,

von Mäntchen nicht zu unterscheiden, sehr billig.

52 Nürnberger Str. 52, 2 Tr. I.

### Vitragen

bill., crème u. weiß gestreift,

fertige Fenster 2,25 M.

Gardinen-Miete sehr billig.

Elisab. Heidorn Dorotheenstrasse 2.

25 Schuhwaren Kaufm. b. 25

35 b. Linke Gerberstr. Nr. 35

Reparatur. schnell u. sauber.

### Neu-Eröffnung!

Kostüm, Kleider, Röde,

Blumen staunend billig.

Wanda Lory, jetzt Reichs-

strasse 14, Durchg. Tr. B. II.

Hosenkörbe, Popp, Panorama.

### Fahrrad-Reparaturen

werden fachmännisch, prompt

und billig ausgeführt bei

### Fahrrad-Brückner

nur

12 Dresdner Str. 12

Fernspr. 4205 Geg. 1806

Große Auswahl in Ju-

gehörladen, Pantzotz,

Gloeden, Laufbeden und

Fußschläuchen.

Allright, Diamant,

Ward., Panther,

Nollance-

Jahrbänder.

Angela, Schuh-

geschäft, Pantzotz,

Ward., Pantzotz,